Breslauer  Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 278 Sonntag den 26. November 1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 1—5 (661—665) Bogen des 23 Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 304 305. Frankf. Bg. 358—360. Man beliebe baldigst darauf bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu präumeriren.

An das deutsche Volk!

Deutsche! in ernster Stunde für unser Vaterland spreche ich zu Euch; hört meine Worte mit Vertrauen!

Eine beklagenswerthe Spaltung ist eingetreten zwischen der Krone und den Volksvertretern Preußens. In weiten Kreisen hat das deutsche Volk Partei genommen in diesem Streite; es hat es gethan in ruhiger und gesetzmäßiger Haltung. Aber auch die Stimme der Leidenschaft ertönt, und sie entzündet neue Leidenschaft. Ein Theil der preußischen Volksvertreter hat beschlossen, daß die Erhebung der Steuern einzustellen sei. Die Bande des Staatslebens sind dadurch gelockert, die bürgerliche Gesellschaft ist tief erschüttert, Preußen und mit ihm ganz Deutschland stehen auf der Schwelle des Bürgerkrieges.

Preußen! Die zu Frankfurt versammelten Vertreter des deutschen Volks haben in so verhängnißvollem Augenblicke das ausgleichende Wort des Friedens gesprochen. Die Reichsversammlung hat verlangt, daß Preußens König sich mit Männern umgebe, welche das Vertrauen des Landes genießen. Sie hat die Euch gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten feierlich verbürgt; sie hat Euch gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung derselben ihren Schutz zugesagt. Sie hat aber zugleich den auf die Einstellung der Steuererhebung gerichteten Beschluß der preußischen Volksvertreter für nichtig erklärt.

Preußen! Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle!

Deutsche! In voller Uebereinstimmung mit der Reichsversammlung werde ich handeln. Ich werde die Vollziehung jenes Beschlusses nicht dulden, welcher durch Einstellung der Steuererhebung in Preußen die Wohlfahrt von ganz Deutschland gefährdet. Ich werde aber auch die Bürgschaft der Rechte und Freiheiten des preussischen Volkes zur Geltung bringen; sie sollen ihm unverkümmert bleiben, wie allen unsern deutschen Brüdern.

Ich rechne auf Euch, Preußen; Ihr werdet mir beistehen; Ihr werdet jede Ungesetzlichkeit, jede Gewaltthat meiden und Euch der Freiheit werth zeigen. Haltet den Frieden, ich werde ihn wahren.

Deutsche! Auf Euch Alle rechne ich. Steht Ihr zu mir, wie ich zu Euch stehe! Das längst ersehnte Ziel, nach dem wir streben, ist näher gerückt, bald wird das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und unser schönes Vaterland wird in Einheit und Freiheit groß und mächtig sein!

Frankfurt, den 21 November 1848.

Der Reichsverweser:

Erzherzog Johann.

Die Reichsminister:

Schmerling. Peucker. Duckwitz. Beckerath. R. Mohl.

Preußen.

Berlin, 24. November. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Oberbürgermeister, geh. Regierungsrath Steinberger in Köln, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Ober-Bau-Inspektor Schneider zu Ostrowo, dem Rechnungsrath a. D. Harting zu Potsdam den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Ober-Landes-Gerichts-Kalkulator, Rechnungsrath Dietrich zu Frankfurt a. d. O., dem Steuer-Einnehmer Altmann zu Reppen den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem evangelischen Schullehrer Groß zu Oberlingsweiler im Regierungsbezirk Trier, dem evangelischen Schullehrer und Küster Briese zu Pinnow im Regierungsbezirk Potsdam das allgemeine Ehrenzeichen und dem bei der Rhein-Schiffbrücke zu Köln angestellten Brückenwärter Schuhmacher, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Abgereist: Der Generalmajor und Kommandeur der ersten Division, v. Below, nach Königsberg i. Pr.

§§ **Berlin,** 24. November. [Die National-Versammlung in Brandenburg wird wahrscheinlich vollzählig.] Die verschiedenen Fraktionen der Nationalversammlung sind in den letzten Tagen ausschließlich mit der Frage beschäftigt gewesen, ob man nach Brandenburg gehen solle, oder nicht. Bis diesen Augenblick ist man darüber noch zu keinem festen Entschluß gekommen, nicht etwa, weil die Meinungen zu getheilt darüber sind, sondern, weil die Entscheidung, je nach den etwaigen Schritten, welche die Regierung thun dürfte, verschieden ausfallen muß. Um die Frage nämlich definitiv zu lösen, ist es vor allen Dingen nothwendig zu untersuchen, wie sich die Krone verhalten wird. Es sind dafür nur zwei Fälle denkbar; entweder die Krone ist gesonnen, den parlamentarischen Weg von neuem streng einzuhalten, oder sie schreitet auf der Bahn des Befehlens fort. Hätte man eine Bürgschaft dafür, daß der parlamentarische Weg derjenige ist, welcher betreten werden soll, so würde die Mehrzahl der Deputirten wahrscheinlich schon längst nicht mehr in Zweifel darüber sein, daß es politisch am richtigsten ist, nach Brandenburg zu gehen. Durch die verschiedenen Sitzungen, welche sie seit dem 9. abgehalten, haben sie faktisch sowohl, wie im Prinzip, ihr Recht gewahrt; indem sie nunmehr nach Brandenburg gehen, sind sie in der Lage vermöge des Gewichtes ihrer überwiegenden Majorität in vollzähliger Versammlung von ihren seitherigen Beschlüssen das, was ihnen zeitgemäß und zweckmäßig scheint, sanktioniren zu lassen. Sie können ferner die Annahme aller derjenigen Maßregeln erwirken, welche das Interesse des Landes augenblicklich erfordert. Endlich können sie die sofortige Zurückverlegung der Versammlung beschließen. Alles dies können sie thun, vorausgesetzt, daß der konstitutionelle König den Wünschen des Parlaments Genüge thut. Auf diese Weise wäre der obschwebende Streit auf die friedlichste Weise gelöst. Hingegen kann die Krone bei dem seit dem 9. Nov. eingenommenen Standpunkte auch beharren, d. h. der Nationalversammlung Befehle ertheilen wollen, denen diese nachzukommen hat; die Krone kann alsdann mit noch größerem Rechte die Beschlüsse der Versammlung nicht vollziehen wollen, insofern sie sich auf Rücknahme der Maßregeln des Ministeriums Brandenburg beziehen. In diesem Falle hätten die Abgeordneten durch ihr Hingehen nach Brandenburg nicht allein nichts erreicht, sondern das Ministerium triumphirte noch außerdem über die Nachgiebigen. Dazu kommt noch, daß man der Regierung die Absicht zutraut, für jeden Fall diese Versammlung aufzulösen, da ja doch mit ihr zu vereinbaren unmöglich sei. Wäre dies richtig, so könnte man es den Abgeordneten nicht verargen, wenn sie nicht hingingen und so wenigstens bis zum letzten Augenblick streng konsequent blieben. — Alle diese Umstände ließen es bis vorgestern noch beinahe als gewiß erscheinen, daß die Majorität nicht nach Brandenburg gehen würde. Seit gestern hat sich aber Manches in der Lage der Dinge verändert. Ein, wenn auch nur kleiner, Theil des Hotel Russie scheint geneigt, mit der Rechten nach Brandenburg zu gehen. Es würde, falls dies geschähe, dort eine nicht unbedeutende Anzahl zusammenkommen, daß die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß die Regierung wenigstens so viel Stellvertreter wird bewegen können, um die Beschlußfähigkeit von 202 zu erlangen. Angesichts dieser Situation sind die hiesigen Abgeordneten wieder schwankend geworden und haben die Frage von Neuem in den Parteiversammlungen zur Beschlußnahme gestellt. Diesen Abend wird die Sache vermuthlich entschieden werden; nach welcher Seite hin, wage ich nicht mit Bestimmtheit auszusprechen, indem selbst die Parteiführer ihren Entschluß noch von der Diskussion abhängig machen wollen. Indeß ist es nicht ganz unwahrscheinlich, daß am Montag in Brandenburg eine vollzählige Versammlung erscheint.

C. C. **Berlin,** 24. Nov. [Der 27. Novbr.] Im Widerspruche mit vorstehendem Schreiben steht folgende Mittheilung, welche wir der „constitutionellen Correspondenz" entlehnen: Wenn gleich von Manchen, die allerdings ebenfalls für gewöhnlich gut unterrichtet gelten können, bestimmt behauptet wird, die zurückgebliebenen Mitglieder der Nationalversammlung werden sich nicht zur Uebersiedelung nach Brandenburg verstehen, so glauben wir dennoch unsere frühere Nachricht, daß am 27sten die verlegte Kammer, selbst ohne Einberufung von Stellvertretern, reichlich beschlußfähig werden würde, mit Zuversicht wiederholen zu dürfen. Der Widerspruch in den über diesen wichtigen Punkt cursirenden Gerüchte erklärt sich leicht durch die innere Spaltung, welche mit dem Beschlusse vom 14ten in die verschiedenen ehedem so wohl disciplinirten Fraktionen der Linken gekommen ist, so daß seit einigen Tagen im Schooße ein und derselben Partei die verschiedensten Ansichten und Absichten laut werden. Uebrigens scheint auch noch nicht ganz bestimmt, ob die Wiedereröffnung in Brandenburg stattfinden wird, und es wird selbst vielfach behauptet, unsere Abgeordneten würden in diesem Punkte gar nicht auf die Probe gestellt werden. Grabow, dessen aufrichtigem Streben alle Parteien Gerechtigkeit wiederfahren lassen und dessen Ansichten eine gewichtige Autorität nicht abzusprechen ist, hat sich für Berlin ausgesprochen und selbst erklärt, er werde sein Mandat niederlegen, wenn man auf Verlegung nach Brandenburg bestehe. Sein Vermittlungsvorschlag beruht etwa auf folgenden Punk-

ten: 1. Eröffnung der Versammlung in Berlin und Rücktritt des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel. 2. Strenge Zurückweisung der Versammlung auf ihr Mandat der Vereinbarung einer Verfassung, in welcher Aufgabe (man kann dies dem Lande nicht oft genug wiederholen) die Abgeordneten nach sechs Monaten endlich glücklich bis zum § 3 gediehen sind! — Grabow's Gesundheit ist leider angegriffen, und mag sein körperlicher Zustand wohl die Hauptursache sein, weshalb er bisher jedes Ansinnen, an die Spitze eines Kabinets zu treten, beharrlich abwies. Wir hoffen aber, daß er dem Vaterlande, dem sinkenden, das Opfer bringen wird.

C. B. **Berlin**, 24. November. [Tagesbericht.] Mit großer Spannung sieht man dem 27. November entgegen; die verschiedensten Gerüchte über die Maßnahmen der Krone in diesen Tagen kreuzen sich. Man erzählt unter Anderem, daß die Krone gewillt sei, die Versammlung noch länger und zwar bis zum 15. Dezember zu vertagen. Es scheint jedoch nicht, daß diesem Gerüchte viel Glauben beizumessen ist, da nicht anzunehmen ist, daß die Krone den gegenwärtigen schwankenden Zustand im Lande noch länger andauern lassen will. Es dürfte sich auch durch eine weitere Hinausschiebung die Stimmung des Landes nicht eben günstiger für die Regierung gestalten. Das englische Kabinet hat durch den Grafen Westmoreland dem diesseitigen eine Note zufertigen lassen, in welcher es sich mit allen Maßregeln der Regierung zur Herstellung der Ordnung einverstanden erklärt. Hiermit im Zusammenhange steht wahrscheinlich die heut von unseren Zeitungen mitgetheilte Nachricht, daß das englische Kabinet von den Kron-Justizbeamten ein Gutachten über die zwischen der preußischen Krone und der Nationalversammlung entstandene Rechtsfrage eingefordert habe und daß die Kron-Justizbeamten sich zu Gunsten der preußischen Regierung ausgesprochen hätten. — Es wird das Gerücht verbreitet, daß die Krone damit umgehe, den vereinigten Landtag zu berufen und diesen als den Urheber des Wahlgesetzes über das Recht oder Unrecht der gegenwärtigen Versammlung entscheiden zu lassen. Gewiß scheint zu sein, daß man dem Gouvernement zu dieser Maßregel gerathen hat. — Wir erfahren, daß Seitens der hier tagenden Abgeordneten dem noch hier anwesenden Reichskommissar, nassauischen Staatsminister, Herrn Hergenhahn, eine Akte zugefertigt werden wird, in der man offiziell gegen die Berichterstattung des Hrn. Bassermann über die angeblich von der hiesigen Versammlung gestellten Bedingungen protestiren und erklären wird, daß die Versammlung den unglücklichen Konflikt mit der Krone für beseitigt erachtet, wenn die Nationalversammlung in Berlin verbleibt und an die Stelle des gegenwärtigen ein volksthümliches Ministerium tritt. Es soll ferner in diesem Protest erklärt werden, daß die Versammlung Hrn. Bassermann gegenüber gar keine Bedingungen gestellt hat. An Stelle des Herrn v. Berg, der unwohl, ist Herr Schultz (Delitzsch) nach Frankfurt abgegangen. Ebenso nächst Herrn Rodbertus auch Herr Gierke. Als Vertreter der Fraktion der äußersten Linken wird wahrscheinlich Hr. Behnsch folgen. — Der Nationalversammlung sind bis jetzt über 3000 Zustimmungs-Adressen zugegangen. — Das Füsilier-Bataillon des 31. Infanterie-Regiments und eine Abtheilung Konstabler sollen nach Brandenburg kommandirt sein. — Gutunterrichtete erzählen, daß Se. Majestät dem General Wrangel den strengsten Befehl gegeben habe, alles Blutvergießen zu vermeiden und daß die größtmöglichste Schonung der Hauptstadt eine der wesentlichsten Bedingungen gewesen sei, unter der man Herrn v. Wrangel seine jetzige Stellung anvertraute. — Der Präsident v. Unruh hat eine Berichtigung der gegen ihn in Betreff der Sitzung vom 15. von Mitgliedern des Centrums erhobenen Vorwürfe veröffentlicht. Es geht aus derselben hervor, daß die jetzt protestirenden Abgeordneten nicht nur von der Sitzung Kenntniß hatten, sondern auch, als Herr v. Unruh in Folge ihres erst einen Tag nach der Sitzung geäußerten Dissenses aus der Fraktion auszuscheiden entschlossen war, durch völlig genügende Erklärungen ihn bestimmten, von diesem Entschlusse abzustehen.

* **Berlin**, 24. Nov. [Vermischtes.] Mehrere Abgeordnete haben erklärt, daß die Nachricht, die Herren Rodbertus und v. Berg seien im Auftrage der National-Versammlung nach Frankfurt abgereist, auf einem Irrthum beruhen müsse, indem jenen beiden Herren durchaus kein offizielles Mandat ertheilt worden sei und, bei der schon seit neun Tagen erfolgten Sistirung der Sitzungen, auch nicht habe ertheilt werden können. — Die Entwaffnung der Bürgerwehr ist noch nicht ganz vollendet. Heut oder Morgen denkt man damit fertig zu sein. Es hat nirgend Widerstand stattgefunden. Die Zahl der aus dem Zeughaus überhaupt für Berlin und umliegenden Ortschaften gelieferten Waffen betrug 26,000 im Ganzen; 23,000 davon sind zunächst für Berlin und dessen Weichbild ausgegeben. Davon sind bis jetzt fast 20,000 eingezogen; es darf also angenommen werden, daß nicht volle 3000 fehlen werden — Vorgestern ist eine elektromagnetisch-telegraphische Verbindung zwischen Brandenburg und Potsdam durch den Regierungsrath Nottebohm eingerichtet worden. Vor wenigen Tagen wurde in mehreren, auch in diesen Blättern, gemeldet, daß ein Soldat, der seinen Posten verlassen habe, in der Hasenheide erschossen worden sei. Die Angabe ist begründet. Vor mehreren Wochen schon verließ eine Schildwache am Laboratorium vor dem Unterbaum ihren Posten, und begab sich in einen Clubb. Dieses Vergehen ist mit mehreren Wochen Arrest bestraft worden. — Dem Vernehmen nach ist der Plan beschlossen, eine Regulirung der ganzen Schifffahrt der Oder allmählig ins Werk zu setzen. Es sind dazu allerdings bedeutende Summen nöthig, doch werden auch eine große Anzahl von Arbeitern fortdauernde Beschäftigung erhalten. Es sollen dabei Erfindungen des Oberbaurath Becker angewendet werden, die sich bei einzelnen Proben so gut bewährt haben, daß man die günstigsten Resultate erwarten darf. Die Versuche dieser Art sind bei Köben in Schlesien, auf einer Maaßstrecke von 2½ Meilen gemacht worden. Das zur Rectifikation des ganzen Stroms nöthige Kapital wird auf 3 bis 4 Millionen angegeben. — Einer unserer ehrenwerthesten Mitbürger, der Banquier Joseph Mendelssohn, ist uns gestern früh um 8 Uhr durch plötzlichen, leichten Tod (ein Schlaganfall) im achtundsiebenzigsten Jahre seines Alters entrissen worden. Wenige Wochen über Jahresfrist ist es, daß sein berühmter Neffe, Felix Mendelssohn, ihm voranging! — Joseph Mendelssohn war nicht nur einer der fähigsten Männer in seinem auf größtem Fuß geordneten Geschäft, sondern ein seltener Grad der Geistesbildung, und vielseitige Kenntnisse, zeichneten ihn aus.

H **Berlin**, 23. November. [Die Bergwerks-Kommission.] Die durch den Minister Milde am 9. August d. J. einberufene Bergwerks-Kommission hat den neuen Gesetz-Entwurf heute in ihrer 56sten Sitzung beendigt. Eine Menge provinzieller Interessen und Rechte standen sich entgegen und hat die Ausgleichung theilweise in den transitorischen Artikeln stattfinden müssen.

Ob allen Parteien Genüge geschehen, ist kaum vorauszusetzen, allein den Hauptmängeln ist sicherlich abgeholfen und wir müssen sehnlichst wünschen, daß das neue Gesetz so bald wie möglich vor die Nationalversammlung gebracht werde und zur Ausführung komme. — Das alte System lastet um so stärker auf diesem wichtigen Zweige der National-Industrie, als die konkurrirenden Nachbarstaaten Belgien und Frankreich, so wie auch England längst eine liberale Richtung verfolgen und uns vom Markte verdrängen. — Dieses Gesetz wird das erste sein, welches die soziale Frage löset, indem es die Unterstützung der Arbeiter aus eigenen Beiträgen und jenen der Arbeitsgeber in durchgreifender Weise feststellt, eine Assoziation, die künftig sich auf die ganze Arbeiterwelt ausdehnen muß. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Arbeit mit einem freudigen „Glück auf!"

[Die Hochverraths-Klage ist nicht angenommen.] Der Staatsanwalt Sethe hat die von der Nationalversammlung gegen das Staatsministerium wegen Hochverraths erhobene Anklage zurückgewiesen. Als Gründe der Zurückweisung sollen dem Vernehmen nach dreierlei Punkte angeführt worden sein, deren völlig wörtliche Uebereinstimmung wir in Ermangelung einer amtlichen Nachricht jedoch nicht verbürgen können: 1) Nach § 92 des Strafrechts sei zum Thatbestande des Hochverraths ein Unternehmen erforderlich, welches einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung bezweckt. In dem Verfahren der Minister fehle der Thatbestand eines solchen gewaltsamen Umsturzes um so mehr, als dieselben ausdrücklich erklärt hätten, die dem Volke verheißenen Rechte nicht kränken zu wollen und als keine Thatsachen vorlägen, welche mit dieser Erklärung in so weit im Widerspruch ständen, daß sie einen wirklichen Umsturz der Verfassung enthielten. 2) Könne der Staatsanwalt nach dem Gesetz vom 17. Juli 1846 gegen einen Beamten wegen eines im Dienst verübten Verbrechens nur auf Antrag der vorgesetzten Dienstbehörde des betreffenden Beamten einschreiten. Die einzige vorgesetzte Dienst-Behörde der Minister sei die Krone. In allen constitutionellen Verfassungen herrsche zwar der Grundsatz, daß die Volksvertreter berechtigt seien, gegen die Minister Anklage zu erheben, bei uns fehle bis jetzt jedes bestimmte Gesetz hierüber. Der Kriminalrichter könne nur nach dem geschriebenen, gehörig sanctionirten Gesetz Recht sprechen. 3) Nach dem Gesetz vom 29. Mai 1844 § 4 könne überhaupt ein Beamter wegen eines Dienstvergehens nur dann (statt zur Disziplinar-Untersuchung) zur wirklichen Kriminaluntersuchung gezogen werden, wenn eine eigennützige Absicht gegen den Beamten erwiesen sei. Eine solche Absicht sei aber im vorliegenden Falle weder behauptet noch erwiesen.

Potsdam, 23. November. Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist heute nach Braunschweig zurückgereist.

* **Posen**, 23. November. [Truppenmarsch nach Schlesien. — Exzesse in Bnin.] Wie wir hören, werden die hier noch stehenden beiden Bataillone des 5. und 6. Infanterie-Regiments in diesen Tagen nach Schlesien abgehen. — Ueber die letzten Exzesse in Bnin am 14. d. M. vernehmen wir jetzt aus sicherer Quelle folgenden summarischen Hergang der Sache. 30—40 Soldaten der Garnison von Kurnik geriethen auf dem Jahrmarkt in Bnin mit den Bauern und Bürgern in eine Schlägerei. Aus der Stadt vertrieben, eilten sie nach dem eine Viertelstunde entlegenen Kurnik zurück, beschwerten sich bei ihrem kommandirenden Offizier und dieser ließ die ganze Kompagnie nach Bnin rücken, eine große Anzahl verhaften und solche nach Kurnik transportiren, wo sie auf dem Rathhause eingesperrt und erst am Abend, nachdem Jeder 10—20, ja sogar bis 80 Hiebe auf den nackten Körper erhalten hatte, nach Hause entlassen wurden. Es kann füglich hier unentschieden bleiben, wer die erste Veranlassung zu dem Konflikte in Bnin gegeben hat, jedenfalls liegt in dem Verfolg der Sache eine, alle unsere gesetzlichen Zustände verhöhnende Willkür, durch welche die Rückkehr einer friedlicheren Stimmung unter die Bewohner fast unmöglich gemacht wird. Die Behörden in Bnin haben unter Einreichung ärztlicher Atteste bei dem General-Kommando Beschwerde geführt; nach unserer Ansicht gehört ein solcher Fall jedoch nicht vor den General, sondern vor das Civilgericht.

Stettin, 23. Novbr. [Deutsche Flotte.] Der Kapitän-Lieutenant Schröder hat am 21sten d. das Kommando über das Flottillen-Geschwader an den Major Göde abgetreten und ist über Berlin nach Frankfurt abgegangen, wo er im Interesse der Deutschen Flotten-Angelegenheiten mit seiner seemännischen Erfahrung dem Prinzen Adalbert zur Seite stehen wird. — Es ist bereits eine Kommission zusammengetreten, welche für 50,000 Rtlr. Schiffsbauholz für die Marine ankaufen soll. (Ostsee-Z.)

Von der Weichsel, 19. Novbr. [Die Stimmung des Landes.] Die begeisterte Theilnahme für alle Schritte der preußischen National-Versammlung und für die Haltung des Berliner Volkes mehrt sich von Tage zu Tage und erfüllt unsere ganze Provinz bis in die letzten Winkel von Litthauen und Masuren. Adressen im entgegengesetzten Sinne sind lediglich Machwerke der Preußen-Vereine und ihres Anhanges, die Unterschriften durch falsche Vorspiegelungen den Leuten abgelistet oder von dem Publikum der Schenken und Krüge gegen ein Quartier Branntwein oder einen Silbergroschen (das ist der feste Preis) erkauft. Auch die Steuerverweigerung erkennen wir als vollkommen rechtmäßig an. (Börsen-H.)

Merseburg, 21. Nov. [Amtlicher Artikel.] Aus einem von den Stadtbehörden zu Halle an uns erstatteten Berichte entnehmen wir folgende Darstellung der daselbst am 19. d. Mts. stattgehabten Ruhestörungen, und bringen wir dieselbe zur Begegnung aller entstellenden Gerüchte zur öffentlichen Kenntniß: Bereits am 18. befand sich die Stadt in einiger Aufregung, man trug sich mit beunruhigenden Nachrichten über die Pläne, durch welche die Umsturzpartei den am 19. bevorstehenden Zusammentritt der Landwehr zu verhindern gedächte, man erzählte auch von der Anwesenheit eines angeblichen Abgesandten der in Berlin noch tagenden Deputirten, der für Durchführung der Steuerverweigerung auf alle Weise zu wirken beauftragt sei. Ein solcher erschien auch Mittags in der Sitzung des Magistrates und einiger Stadtverordneten, bethätigte jene Absicht, konnte indeß zu einer ausdrücklichen Aufforderung, die Steuerverweigerung zu proklamiren, nicht gelangen. Abends war Volksversammlung, in welcher die Umsturzpartei eine neue Versammlung auf den Markt berief, um die Mittel zu berathen, mit denen die Einkleidung der Landwehr zu verhindern sei, auch die Absetzung der Behörden und die Steuerverweigerung zu beschließen. Um dieser Versammlung eintretenden Falls entgegenwirken zu können, wurde vom Bürgerwehr-Kommando die Bürgerwehr konsignirt; jene wurde nicht besonders zahlreich besucht und wurde von den Rednern, den Studenten Pösche und Kaulfuß, sowie einem Fremden nach dem Salmenhofe geführt, woselbst die Einkleidung der Landwehr im Werke war. Dort versuchten die Redner ihren Zweck mit hochverrätherischen Ansprachen zu erreichen, indeß die Bürgerwehr sprengte die Versammlung, und die Einkleidung verlief vollkommen ruhig. Vor dem Auseinandergehen verabredete die Versammlung, um 11 Uhr auf dem Markte nochmals zusammen zu treten. Hierdurch sah sich das Bürgerwehr-Kommando veranlaßt, um dieselbe Stunde die gesammte Bürgerwehr mit Ausschluß des gesetzwidriger Bestrebungen schon längst verdächtigen, sogenannten Lanziercorps auf dem Markte aufzustellen. Die Volksversammlung bildete sich um den Marktbrunnen, von welchem die Studenten Pösche, Ehrlich und Kaulfuß, sowie der bereits erwähnte Fremde die Nothwendigkeit der Steuerverweigerung, die Absetzung der Behörden verkündigten, auch die Beschlagnahme der Kasse und die Verweige-

rung des Gehorsams gegen die Landwehroffiziere forderten. Da zu dieser Versammlung die polizeiliche Erlaubniß nicht eingeholt war, der hochverrätherische Inhalt der Reden die Ruhe und Ordnung gefährdete, befahlen die gesetzlichen Behörden, unter Autorität eines Regierungs-Kommissars, die Auflösung der Versammlung und Säuberung des Platzes, und es wurde dieser Befehl, nachdem die Aufforderung zum Auseinandergehen vergebens geschehen war, mit gutem Erfolge durch die Bürgerwehr ausgeführt. Inmittelst hatte sich beim Beginn der Reden das Lanziercorps, ohngeachtet es nicht berufen war, mitten auf dem Markte aufgestellt, hatte auch der ihm vom Bürgerwehrkommando ertheilten Anweisung, sich nach seinem Alarmplatze zu begeben, nicht Folge geleistet. Eine Abtheilung der Bürgerwehr gerieth in den zur Ausführung der Platzsäuberung nothwendigen Bewegungen in die Nähe dieses Korps und es erfolgte Seitens desselben ein Angriff mit Hieb- und Stichwaffen, auch eine Salve aus Feuergewehren, durch welche beide nicht unerhebliche Verwundungen, sieben allein durch die Schußwaffen veranlaßt wurden. Dieses unvermuthete nichtswürdige Beginnen, dieser Angriff gegen die eigenen Mitbürger rief eine ungeheure Entrüstung hervor; um weiteres Blutvergießen aber zu verhindern, gestattete der Bürgerwehr-Kommandeur dem Korps eine Frist von 5 Minuten zum Abzuge vom Markte. Sofort beschlossen die Behörden die Verfolgung, Entwaffnung und Verhaftung, es hatten sich indessen die Korpsmitglieder zerstreut und es gelangen nur einige Entwaffnungen und Verhaftungen, darunter auch die des Korpsführers, den mehrere Zeugen zuerst ein Feuergewehr losgebrannt zu haben beschuldigten. Auch die Verhaftung der obgenannten Redner wurde angeordnet, konnte indeß nicht ausgeführt werden, da sie nicht zu finden waren, dagegen wurden noch am Abende von den Redakteuren der Halleschen demokratischen Zeitung der Kaufmann Rawald und der Lehrer Weisgerber, rücksichtlich welcher das Kriminalgericht auf eine schon früher erfolgte Anklage die Verhaftsbefehle bereits ausgefertigt hatte, aufgehoben. ꝛc. Rawald wurde im Keller hinter Fässern gefunden. Die Nacht verlief darauf ruhig. Die militärische Besatzung war von Merseburg aus verstärkt worden, dieselbe hatte im besten Vernehmen mit der Bürgerwehr auf vorgängiges Ansuchen schon bei den Verhaftungen mitgewirkt und vom Abend ab den Schutz der Stadt übernommen, um den Bürgern eine Erholung von den bereits mehrtägigen Dienstanstrengungen möglich zu machen. Die Kriminal-Untersuchung ist im Gange.

(Magdeb. Z.)

Sangerhausen, 22. Nov. [Die Stimmung der Landwehr und des Volkes.] Das Landwehrbataillon ist bis auf circa 100 Mann zusammengekommen. Theils zur Beitreibung der noch fehlenden Landwehrleute, vielleicht auch zur Auseinandertreibung der unter Dr. Stockmann versammelten bewaffneten Macht sind heute früh hier 2 Schwadronen Kavallerie eingetroffen, und Jäger und Infanterie im Anzuge. Die sämmtlichen versammelten Wehrmänner des Kreises haben die **Zusammenberufung der Landwehr für einen ungesetzlichen Schritt des Ministeriums, der durch Nichts gerechtfertigt sei**, erklärt und werden Adressen in diesem Sinne von sämmtlichen Ortschaften abgehen lassen. — Die Ruhe der Stadt ist durch Nichts gestört und Konflikte zwischen dem Linienmilitär, der Landwehr und der Bürgerwehr nirgends vorgekommen. — **Die Stimmung des Volkes ist entschiedeu für die noch versammelten Volksvertreter, sie verlangt die lange versprochene Verfassung durch Vereinbarung zwischen Krone und Volk und im Einklang mit der Bildung und der Aufklärung der Bewohuer Thüringens. Von republikanischen Bestrebungen nicht die entfernteste Spur.** (Magdeb. Z.)

Delitzsch, 22. Nov. [Die Landwehr.] Das heute hier einberufene Landwehrbataillon weigerte sich einhellig, einem andern Rufe als dem der Nationalversammlung zu folgen, und mußte nach sehr tumultuarischen Scenen wieder entlassen werden. (D. A. Z.)

* **Erfurt**, 23. Novbr. [Stockmann ist gefangen] und befindet sich auf dem Petersberge, das ist die wichtigste Neuigkeit! Das Linien-Militär hat seine frühere Haltung nicht verändert; die Landwehr ist auf heute einberufen. Die Nachricht, Hr. Berlepsch habe sich geflüchtet, dürfte sich nicht bestätigen, er vielmehr freiwillig zurückkehren, obwohl die Erfurter Zeitung von einem eingesetzten Kriegsgericht spricht. Die Aufgeregtheit der Gemüther ist so groß, daß man Privatmittheilungen kaum glauben kann. (f. Gotha.)

Saarbrücken, 19. November. [Steuerverweigerung. Landwehr.] In der Versammlung des Bürgervereins ist so eben einstimmig beschlossen, den Beschluß der Nationalversammlung sofort in Ausführung zu bringen und von diesem Augenblicke an weder Grund-, Klassen noch Gewerbsteuer zu zahlen. In Bezug auf das Verhalten bei Brau-, Branntwein-, Schlachtsteuer ꝛc. soll eine nähere Anweisung erfolgen. Zu dem Ende ist eine Kommission ernannt, welche in der nächsten Sitzung Vorlagen machen soll. Die Haltung des Volkes ist ruhig aber entschlossen. Der Landwehrverein hat sich der Nationalversammlung zur Verfügung gestellt. (Trierer Ztg.)

Cleve, 20. Nov. (Versammlung.) Gestern fand hier in den weiten Räumen des Schützenhauses, welches der Schützenvorstand mit der anerkennunswerthesten Bereitwilligkeit dieserhalb zur Verfügung gestellt hatte, eine Volksversammlung statt, die von fast sämmtlichen Stadt- und Landgemeinden unseres Kreises beschickt, über 4000 Köpfe zählte. Auch die benachbarte, zwar nicht zu unserem Kreise gehörende, aber durch die Flucht ihres Deputirten Lensing gänzlich verwaiste Stadt Emmerich war dabei durch eine Deputation vertreten. Nachdem der Präsident, Advokat-Anwalt König, die Versammlung eröffnet hatte, setzte er in populärer und ansprechender Weise unsere gegenwärtige Lage, den Konflikt zwischen der Nationalversammlung und der Krone auseinander. Als er am Schluß seiner von häufigem Beifallsjubel unterbrochenen Rede die Versammlung aufforderte, wenn sie ihre Freiheit wahren und zu der National-Versammlung mit Gut und Blut stehen wolle, die rechte Hand zu erheben und ihm mit Ja zu antworten, da erhoben sich schwörend viele tausend Hände in die Luft und der unermeßliche Beifallssturm wollte kein Ende nehmen. Während nun ein fernerer Redner den mit jubelnder Acclamation den Antrag stellt, zu erklären, daß unser Deputirte Arntz sich um das Vaterland verdient gemacht habe, belehrte ein vierter Redner die Versammlung in klaren und eindringlichen Worten über den Grund und das Wesen der von der National-Versammlung beschlossenen Verweigerung der Staatssteuern und über die Art der Ausführung dieses Beschlusses. Große Begeisterung erregte unter den Massen dann noch ein Redner aus dem Volke, welcher, um „die Axt an die Wurzel zu legen," zur Bildung von mobilen Kolonnen und Freischaaren zur Vertheidigung der Freiheit und der National-Versammlung aufforderte. — Nach Beendigung dieser Versammlung fand eine Versammlung von Kriegsreservisten und Landwehrmännern statt, in welcher folgende, dem Ministerium und der National-Versammlung einzuschickende Erklärung:

„Wir unterzeichneten Reservisten und Landwehrmänner des Kreises Cleve erklären hiermit, daß wir in dem zwischen der Krone und der Nationalversammlung jetzt entstandenen Konflikte Recht und Gesetz nur auf Seiten dieser letzteren sehen und nur diese als unsere rechtmäßige Behörde anerkennen können. Wir erklären ferner feierlich, daß, wie wir mit der National-Versammlung zu stehen und zu fallen gesonnen sind, wir einer vom Ministerium Brandenburg ausgehenden Einberufung keine Folge leisten werden,"

einstimmig angenommen und sofort mit vielen Unterschriften, deren Zahl sich noch stündlich mehrt, bedeckt wurde. — Die Wahlmänner des Kreises werden sich morgen hier versammeln, es steht fest, daß der Stellvertreter unseres Deputirten, der Steuer-Einnehmer Brüggemann, nicht nach Brandenburg geht.

(Düsseld. Z.)

Koblenz, 22. Nov. [Suspension der Bürgerwehr. Adresse.] Man erwartet hier die Publikation der Ordre, welche die Bürgerwehr für aufgelöst erklärt und derselben die Waffen abzugeben befiehlt. — Man beabsichtigt hierselbst, eine Adresse an die Frankfurter Versammlung abzufassen, worin dieselbe ersucht wird, sich aufzulösen; das einzige Ergebniß, welches von ihrem langen Zusammensein zu erwarten, seien Kosten für das bereits genug gedrückte Deutschland. (Mos.-Z.)

Münster, 19. Nov. (Kongreß.) Der Kongreß westfälischer Deputirten hat heute zwei Sitzungen gehalten. Es waren 55 Vereine und Corporationen durch 143 Deputirte daselbst vertreten. Beschlossen wurde:

1) Folgende Erklärung: a) die National-Versammlung in Berlin hat am 15. Nov. c. beschlossen: das Ministerium Brandenburg ist nicht befugt, Steuern in Empfang zu nehmen und über Staatsgelder zu verfügen; b) der westfälische Kongreß zur Unterstützung der preußischen Nationalversammlung erklärt, daß das Volk diesem Beschluß Folge zu leisten habe: c) selbstredend kann die Steuerverweigerung sich nicht auf Gemeindesteuern beziehen und nur so lange dauern, bis die National-Versammlung das Aufhören derselben ausspricht.

2) Die National-Versammlung aufzufordern, zu ihrem Schutz und zur Aufrechthaltung der durch die Märzrevolution errungenen Volksfreiheiten die Landwehr einzuberufen.

3) Dahin zu wirken, daß die Bürgerwehr militärisch organisirt und mit den nöthigen Waffen versehen werde, um nach § 1 des Bürgerwehrgesetzes die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung aufrecht erhalten zu können.

4) Eine Proklamation an die Söhne Westfalens im Heer zu erlassen und diese aufzufordern, sich nicht zur Unterdrückung der Volksrechte mißbrauchen zu lassen, ebenso die Familien dieser Soldaren aufzufordern, ihre Kinder von solchen Handlungen abzuhalten.

5) Mit allen Mitteln zu bewirken, daß die weggelaufenen westfälischen Deputirten ihre Mandate niederlegen, und die Wahlmänner aufzufordern, Neuwahlen vorzunehmen.

6) Die Beschlüsse des Kongresses öffentlich bekannt zu machen und auch der National-Versammluug mitzutheilen.

Endlich wurde ein Organisationsplan für die vertretenen Vereine angenommen und ein aus 13 Mitgliedern (7 hiesigen und 6 auswärtigen) bestehender Central-Ausschuß gewählt. Diesem wurde für die Zeit der Gefahr des Vaterlandes eine ausgedehnte Vollmacht gegeben. (Düsseld. Z.)

Kölu, 21. Nov. (Bewegung.) Der heutige Tag zählt für Köln wieder zu den unruhigen: es waren die drei Mitglieder des Vorstandes der demokratischen Gesellschaft, Schneider II., Marx und Schapper, mittelst Erscheinungsbefehles vor den Instruktionsrichter geladen und zwar ohne Angabe der Ursache. Schon dies brachte unter dem Volke eine gewisse Aufregung hervor. Gegen 10 Uhr verfügte sich eine Deputation zum Oberprokurator, um ihn zu befragen, ob er sich auf dem Standpunkte des Ministeriums Brandenburg befinde und von da aus gegen die drei Herren operire, und welches überhaupt die Ursache der Untersuchung sei. Auf die erste Frage hat der Herr Oberprokurator geantwortet, daß er als Vertreter der öffentlichen Sicherheit zu keiner politischen Färbung zu gehören brauche, daß er überall, wo ihm dieselbe gefährdet schiene, amtlich eintreten müsse, und daß im vorliegenden Falle er die drei Vorgeladenen wegen Aufforderung zur Auflehnung gegen die Gesetze in ihrem Aufrufe als Vorstandsmitglieder des demokratischen Vereines, den die Neue Rheinische Zeitung vom vorigen Sonntage verbreitet, vernehmen müsse. Auf die weitere Frage, ob die Untersuchung eine Haftnahme zur Folge haben würde, erklärte Herr Zweiffel, daß die Anklage blos korrektioneller Natur sei. Hierauf hat sich bereits Herr Schneider II. zum Verhöre gestellt und ist ihm seine Freiheit belassen geblieben. Ob die zwei Anderen morgen ebenfalls mit Vertrauen auf die Worte des Herrn Oberprokurators auf dem Parquet erscheinen werden, weiß ich nicht. — Heute Abend hat sich der im September steckbrieflich politisch verfolgte Literat, Heinrich Bürgers, beim Instruktionsrichter sistirt. Auf die Kunde davon versammelte sich eine große Anzahl Volk vor dem Gerichtsgebäude. Ihr gegenüber erschien eine Kompagnie Infanterie, welcher vom Volke Vivats gebracht wurden. Nach kurzer Zeit erschien Bürgers vom Instruktionsrichter freigelassen und wurde vom Volke schwebend unter lautem Jubel in den nahe gelegenen Eiser'schen Saal gebracht. — Dem kommissarischen Oberbürgermeister ist ebenfalls heute das Mißtrauensvotum gegen ihn und den Gemeinderath überbracht worden. Anfangs hat er den Bescheid darauf bis Donnerstag verheißen, die Volksversammlung hat aber damit nicht zufrieden sein wollen, und hat darauf hin der Oberbürgermeister sich gemüßigt gesehen, den Gemeinderath für morgen Vormittag zusammenzurufen. Um 2 Uhr Nachmittags ist eine Volksversammlung zur Entgegennahme des gemeinderäthlichen Beschlusses.

Von Bonn lauten heute Abend 8 Uhr die bestimmten Berichte folgendermaßen: der hiesige Regierungspräsident hat die dortige Bürgerwehr heute als suspendirt erklärt, Professor Kinkel wird zum Zwecke der Verhaftung gesucht, ist aber in sicherm Hort. (Düsseld. Z.)

Köln, 22. Novbr., Mitternacht. [Tumult.] In einer am Sonntage gehaltenen Volks-Versammlung war der Beschluß gefaßt worden, den hiesigen Gemeinderath — weil er nur zum kleineren Theile eine Adresse an die Berliner Versammlung angenommen und später einen Antrag auf Unterstützung des unseligen Berliner Beschlusses der Steuer-Verweigerung abgewiesen — um Abdankuug anzugehen. (Wahrscheinlich sollte dann das aus 25 Personen durch Wahl gebildete Volkskomité das Ruder in die Hand nehmen.) Ein auf die Abdankung bezüglicher, mit einigen Hundert Unterschriften bedeckter Antrag wurde gestern dem kommissarischen Ober-Bürgermeister durch eine zahlreiche Deputation überreicht. Der Gemeinderath trat heute Mittags desfalls in Berathung, und der Erfolg war die aus dem heutigen Hauptblatte bekannte, Nachmittags auch an den Straßenecken angeheftete Veröffentlichung. Auf 2 Uhr war schon früh eine Volksversammlung im Eiserschen Saale zusammen berufen, um jenen Beschluß entgegen zu nehmen. Daß derselbe neues Mißfallen hervorbrachte und von den Rednern zu weiterer Aufregung benutzt wurde, ist natürlich. Gegen 6 Uhr Abends zog ein großer Haufe zum Rathhause. Die dortige Wachtmannschaft war zeitig verstärkt und alle Zugänge besetzt worden, wie denn überhaupt die Truppen seit 5 Uhr in den Kasernen konsignirt und von den Behörden alle Vorsichts-Maßregeln getroffen waren. Ein Angriff erfolgte nicht und man zog von dort zum Hause eines Büchsenschmiedes,

bei welchem man einen Vorrath von Gewehren vermuthete. Eine starke Militär-Patrouille, die dem Haufen auf der Ferse folgte, mochte ihn veranlaßt haben, sein wahrscheinliches Vorhaben aufzugeben, und da er sich zu zerstreuen schien, so zog sich das Militär zurück. Nun aber ging's zur Wohnung des kommissarischen Ober-Bürgermeisters. Wie versichert wird, erschien eine Deputation von drei Personen im Hause, fragte nach dem augenblicklich Abwesenden und sagte förmlich Demolirung des Hauses an. Alsbald wurden auch unter wüstem Geschrei sämmtliche Fenster und Läden des Erdgeschosses und des ersten Stockes zertrümmert und arge Verwüstungen angerichtet. Man hatte die Steintreppe des gegenüber gelegenen Schulgebäudes großentheils abgerissen und die schwersten Steine in das Haus geschleudert, dessen Bewohner zeitig geflüchtet waren. Kaum ließ das Militär sich erblicken, als die Thäter so schnell flohen, daß keiner von ihnen ergriffen wurde. — Bald nachher trug die maßlose Wuth, welche durch Lügen und Entstellungen in Zeitungs-Artikeln und Reden von einer gewissen Partei schon so lange gegen die „Kölnische Zeitung" und ihre Pressen, so wie gegen deren Herausgeber, der auch Mitglied des Gemeinderathes ist, angefacht und unermüdlich genährt wurde, eine, wenn auch nur kleine, Frucht. Vor dem Eiserschen Saale, wie von Ohrenzeugen versichert wird, mit der Bedrohung: „daß ein Volksverräther sei, wer nicht folge," dazu aufgestachelt, erschien nämlich ein Haufe von meist Gassenbuben — jedoch geführt von mehreren wohlgekleideten Herren — vor dem Lokale der Expedition der „Kölnischen Zeitung," und zertrümmerte einige Fenster mit so schweren Steinen, daß auch zwei Läden zersplitterten. Bevor noch Militär erschien, war die Straße leer. Ein an der Haltung der „Köln. Zeitung" gewiß ganz unschuldiger Zeitungsträger wurde gleichzeitig auf der Straße angehalten, unter Geldanerbietungen zur Vernichtung seiner Exemplare aufgefordert und auf seine Weigerung mit Schlägen mißhandelt. — Von weiteren Angriffen auf Personen oder Eigenthum ist uns bis jetzt keine Kunde geworden. Alle Staatsgebäude waren mit Militär besetzt worden, starke Patrouillen durchzogen bis spät die Straßen, auf denen jetzt die gewöhnliche Ruhe herrscht. (Kölnische Z.)

Köln, 23. Novbr. [Volksversammlung.] Auf heute Mittag 12 Uhr war zu einer Volks-Versammlung auf dem Gereonsdriesch durch Mauer-Anschläge aufgefordert worden, angeblich zum Zwecke der Bildung von Arbeiter-Freicorps. Es fanden sich viele Menschen ein, trafen hier aber eine Kompagnie des 34sten Regiments aufgestellt, welche den Platz besetzt hielt und weder Versammlung noch Reden zuließ. Der Stadt-Kommandant, Hr. Oberst Engels, war auch anwesend. Die Menschenmasse, meist von der Neugier angelockt, wuchs mit jedem Augenblicke; doch ging Alles ruhig aus einander, da die Leiter der Demonstration einsehen mochten, daß sie ihren Zweck nicht erreichen konnten. (Köln. Z.)

Düsseldorf, 22. Nov. (Der Belagerungszustand.) Das Unglaubliche ist geschehen, — unsere sonst so ruhige Stadt ist in Belagerungszustand erklärt. Heute Morgen mit Tagesanbruch wurde die Bekanntmachung an allen Straßenecken von Offizieren, unter Eskorte starker Pikets von Infanterie und Kavallerie, verlesen*). Die Stadt bietet einen durchaus ruhigen Anblick und jeder Fremde würde nur aus der Aufstellung der militärischen Kräfte den Ausnahmezustand erkennen. Im gegenwärtigen Augenblick wollen wir uns über die Nothwendigkeit der Maßregel nicht aussprechen und behalten uns vor, die Motive, welche den Zustand rechtfertigen sollen, später zu articuliren. Mit Bestimmtheit glauben wir aber die Versicherung geben zu können, daß keinerlei Conflikt unsere Stadt in weitere Gefahren versetzen werde. — Aus authentischer Quelle wird uns die Versicherung, daß Seitens der Militärbehörde der strengste Befehl an die Truppen ergangen ist, nur dann von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn angriffsweise gegen dieselben verfahren wird. (Düsseld. Z.)

Aus **Düsseldorf** vernehmen wir, daß es dort am 21., Nachmittags zu einem Konflikte zwischen Bürger und Militair gekommen, wobei ein Demokrat und ein Husar schwer verletzt worden. Die Gerüchte von Erschießung eines Militär-Kommandeurs ꝛc. bestätigen sich nicht. Mehrere Verhaftungen sind erfolgt. (Köln. Z.)

Düsseldorf, 23. Novbr. [Belagerungszustand.] Der erste Tag unseres Belagerungszustandes ist vorüber und mit ihm jene Ruhe zurückgekehrt, die einer außerordentlichen Kraftanstrengung zu folgen pflegt. Außer einigen unbedeutenden Verwundungen im Gedränge, ist es nirgends zu ernstlichen Thätlichkeiten gekommen, obwohl wir diesen Umstand mehr der großen Mäßigung des Militärs, als der besonnenen Haltung derjenigen Bürgerschaft zuschreiben, die wie jetzt, so in den letzten 5 Monaten unsere Stadt repräsentirt. — Die Ablieferung der Waffen ist gestern nicht erfolgt und dürfte leicht zu ernstlichen Auftriten Veranlassung werden. Das Militär bivouakirte die Nacht bei seinen Wachtfeuern, und um 10 Uhr Abends war kaum ein Bürger in den Straßen noch zu sehen. (Köln. Z.)

Deutschland.

C.-B. **Frankfurt a. M.**, 22. Nov. [Tagesbericht.] Gestern Abend hat eine Klubbsitzung der vereinigten Linken stattgefunden, in der über die Mittel zur Centralisation der demokratischen Partei berathen wurde. Dem Vernehmen nach soll die Gründung eines eigenen Organs dazu gehören. Auch ist eine Commission niedergesetzt worden zur Vorbereitung eines Verfassungsentwurfs, der die Unterstützung der Linken in corpore für sich haben würde. Das Verhältniß ist jetzt ganz umgekehrt gegen früher. Jetzt drängt die Linke auf Vollendung der Grundrechte und der Verfassung und der Regierteufel ist in die Rechte gefahren. — Immer mehr preußische Abgeordnete begeben sich in ihre Wahlbezirke. So Simon von Trier, so wahrscheinlich auch Wesendonck. Von Berlin aus laufen jetzt die Fäden zu allen Operationen der oppositionellen Partei. — Gestern hat hierselbst wiederum ein Militärkrawall in dem berüchtigten Essighause stattgefunden. Diesmal waren es hessen-darmstädtische Soldaten, gegen welche Polizei und Militärmacht requirirt werden mußte. Ein Gensd'arm ist dabei ziemlich schwer verletzt worden, da die Säbel gezogen wurden. Für Blums Hinterbliebene finden unter den hessen-darmstädtischen Truppen Sammlungen statt. — An allen Straßenecken, in allen Kaffeehäusern, zum Theil verstreut auf den Straßen, prangt heut ein Plakat: Dr. Krafft und die Wähler Nürnbergs, in welchem das Benehmen des genannten Abgeordneten, der einem einstimmigen Mißtrauensvotum zum Trotz in der Nationalversammlung bleibt, sehr ausführlich dargestellt wird. — Seit einigen Tagen und noch fortdauernd sind in Frankfurt die Wachen verstärkt und an einzelnen Punkten geladene Kanonen aufgefahren. — In der heutigen Sitzung der konstituirenden Versammlung der freien Stadt Frankfurt sind drei wichtige Propositionen angenommen worden: 1) mit 78 gegen 39 Stimmen eine energische Zustimmungs-Adresse an die preußische Nationalversammlung, mit stillschweigender Uebergehung der hiesigen, wobei ausdrücklich hervorgehoben wird, daß man den Geist der Bewohnerschaft von Frankfurt nicht nach der Presse der Stadt beurtheilen müsse; 2) eine Aufforderung an den Senat, zur Todtenfeier Blums eine Kirche einzuräumen; 3) eine Aufforderung an den Senat, auf unentgeltliche Rückgabe ohne Leumundszeugniß sämmtlicher confiscirten Waffen zu dringen, nebst einer Mahnung, fortan bei allen Verhandlungen mit der Reichsgewalt die konstituirende Stadtversammlung zu Rathe zu ziehen. — Das Haus des Präsidenten der Nationalversammlung, v. Gagern, ist seit Montag stark militärisch besetzt. Auch auf dem Paulsplatz hät ein Piquet mit geladenen Gewehren. — Die Börse ist bei nicht sehr belebtem Geschäft, fest. — Dem Vernehmen nach wird sich in diesen Tagen der Fürst v. Hohenlohe im Auftrage des Reichsministeriums nach Rom begeben, um Sr. Heiligkeit den rechtlichen Bestand der Centralgewalt zu hinterbringen. — Ob der neulich angebotene Rücktritt des Herrn Bassermann vom Reichsverweser angenommen ist, darüber verlautet noch nichts.

Mainz, 21. Nov. [Truppenmärsche.] Heute im Laufe des Vormittags sind auf Düsseldorfer, Kölnischen und niederländischen Dampfschiffen die hier bis jetzt in Garnison liegenden Kompagnien des 29sten preußischen Infanterie-Regiments (das 1ste Bataillon) rheinabwärts nach Köln geschafft worden, von wo sie, wie es heißt, nach Aachen gehen werden. In der Nacht von Freitag auf Samstag verflossener Woche brachen eiligst preußische Truppen nach Kreuznach auf und es wird hier versichert, daß sowohl aus Rheinhessen wie aus andern oberrheinischen Gegenden preußisches Militär nach der preußischen Rheinprovinz geschafft werde. Die preußische Garnison unserer Reichsfestung ist in diesem Augenblicke außerordentlich klein, wie denn überhaupt die hiesige Besatzung in diesem Augenblick nicht die Hälfte der gewöhnlichen Stärke beträgt. (F. J.)

München, 20. Nov. [Fenner v. Fenneberg] der Viceoberkommandant der Wiener Nationalgarde, ist nach zehntägigem Umherirren glücklich über die österreichische Grenze gelangt nnd in München angekommen, von wo er sich bereits nach Frankfurt begeben hat, um dort über die letzten Wiener Ereignisse Aufschlüsse zu geben. (N. K.)

Kassel, 19. Novbr. [Die Forderungen des Volkes und Versprechungen.] An das Ministerium sind Eingaben gerichtet worden, um schleunige Einführung allgemeiner Volksbewaffnung und sofortige Einberufung der Stände. Das Ministerium hat in diesen Beziehungen ausweichend geantwortet, jedoch die anerkennenswerthesten Versicherungen gegeben, daß es im Verein mit den Ständen für die errungenen Freiheiten wachen werde. Man hat sich mit dieser Erklärung indeß nicht beruhigt, man fühlt, daß die Macht der Ereignisse über dem guten Willen des Ministeriums steht. Es ist deshalb eine anderweite Eingabe eingereicht worden, worauf indeß die Antwort noch nicht eingegangen ist. — Heute ist in der Volks-Versammlung eine energische Eingabe an das Parlament zu Frankfurt beschlossen worden, worin dasselbe, jedoch zum letzten Male, aufgefordert wird, männlich zu handeln, und zugleich zu verstehen gegeben wird, daß Verweigerung der Reichssteuern und der Diäten zu gewärtigen sei. (F. J.)

† **Gotha**, 23. Novbr. [Der Doktor Stockmann] ist bei uns auf der Eisenbahn richtig verhaftet und nach dem Petersberge bei Erfurt abgeliefert worden. Die äußere Ruhe nimmt überall zu, obwohl die innere Bewegung nicht nachgelassen hat. Der General v. Schack tritt in preußisch Thüringen energisch und erfolgreich auf. (s. Erfurt.)

Dresden, 23. November. Die erwartete königl. Verordnung wegen unverweilter Veranstaltung der in sämmtlichen Wahlbezirken nach den Vorschriften des Wahlgesetzes vom 15. Novbr. d. J. zu bewirkenden Wahlen der Abgeordneten in beiden Kammern zu dem demnächst zu berufenden ordentlichen Landtage ist nun d. d. 21. Nov. erlassen worden.

Zittau, 22. November. [Besetzung der böhmischen Grenze.] Sicherem Vernehmen nach werden in den nächsten Tagen die der Lausitz benachbarten Grenzorte Böhmens von österreichischen Truppen aller Waffengattungen besetzt werden, um die Rekrutirung, welche in jenen Ortschaften vielfachen Widerstand gefunden hat, ja in manchen völlig vereitelt worden ist, gewaltsam durchzusetzen. Bereits vorgestern sind 1000 Mann Infanterie und zwei Batterien Kanonen in Reichenberg eingerückt, und größere Truppenmassen, wie es heißt, Kroaten, sollen diesen unverweilt folgen und bis zum Städtchen Grottau, ½ Stunde von Zittau entfernt, vorgeschoben werden. Der Kommandant dieses Truppenkorps hat den gemessenen Befehl, die Stadt Reichenberg, sobald sie den geringsten Widerstand versuche, sofort in Belagerungszustand zu erklären und sodann mit unnachsichtlicher Strenge zu verfahren. (L. Z.)

---

*) Dieselbe lautet: „Die Aufregung, welche in Düsseldorf herrscht, die Gesetzesverletzungen, welche von Seiten der Bürgerwehr verübt sind, indem dieselbe sich in Proklamationen ihres Chefs für permanent erklärt, Anordnungen in der Stadt sich angemaßt hat, ohne irgend die gesetzlich installirten Behörden zu berücksichtigen, die Einmischung der Bürgerwehr in die Amtsfunktionen der Verwaltungsbehörden, der öffentliche Aufruf zum Widerstande und offenen Kampfe gegen die gesetzlichen Gewalten, gerichtet von der Bürgerwehr und von Volksversammlungen an Behörden und Private, die Proklamationen, worin Privatpersonen und Beamte, welche der Steuerverweigerung nicht beitreten, für Hochverräther und für dem Hasse und der Strafe des Volkes verfallen, erklärt werden und Jedermann aufgefordert wird, die betreffenden Personen bei bestimmt bezeichneten Vorständen zu denunciren, beweisen, daß der gesetzliche Zustand der Stadt nur mit außerordentlichen Mitteln aufrecht erhalten werden kann. — Die Unterzeichneten sehen sich daher genöthigt, zum Schutze der gesetzlichen Ordnung und des Lebens der Einwohner hiesiger Stadt, die Gesammt-Gemeinde Düsseldorf hiermit in Belagerungszustand zu erklären. — Die gutgesinnten Bürger der Stadt, welche lange die zügellosen Bestrebungen, die hier stattgefunden, beklagt haben und welche erkennen, daß auf dem Wege der Anarchie keine Freiheit und keine Wohlfahrt erlangt werden kann, fordern wir auf, treu und ernst dazu beizutragen, daß die Ordnung wieder hergestellt und wir bald in die Möglichkeit versetzt werden, die vorstehend angeordnete Maßregel wieder aufzuheben. Düsseldorf, den 22. November 1848. Der General-Lieutenant und Kommandeur der 14. Division: (gez.) von Drigalski. Der Regierungs-Präsident: (gez. von Spiegel.

Nachdem der Belagerungszustand der Stadt und Sammt-Gemeinde Düsseldorf vorstehend ausgesprochen und damit die oberste Gewalt an die Militair-Behörde übergegangen ist, verordne ich Folgendes: 1) Die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen, und werden in den von ihnen zu treffenden Maßregeln aufs kraftigste unterstützt werden. 2) Alle Vereine zu politischen und sozialen Zwecken sind aufgehoben. 3) Versammlungen von mehr als zwanzig Personen bei Tage und von zehn Personen des Abends und bei Nacht auf den Straßen und öffentlichen Plätzen sind untersagt. 4) Alle Wirthshäuser sind um zehn Uhr Abends zu schließen. 5) Die Bürgerwehr ist vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst und hat die Waffen an die zur Empfangnahme bestimmten Personen noch heute abzuliefern und zwar: Die erste, zweite und achte Kompagnie am Allee-Platze um zwei Uhr Nachmittags. Die dritte, fünfte und siebente Kompagnie auf dem Carlsplatze um drei Uhr. Die vierte und sechste Kompagnie auf dem Schwanenmarkt um drei ein halb Uhr. Wegen Abgabe aller übrigen Waffen bleiben die näheren Anordnungen noch vorbehalten. 6) Wer in offenem und bewaffnetem Widerstande gegen die Maßregeln der gesetzlichen Behörden betroffen wird, oder den Truppen durch eine verrätherische Handlung Gefahr oder Nachtheil bereitet, soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Es würde mir leid thun zur Aufrechthaltung obiger Artikel zu den äußersten Mitteln schreiten zu müssen. Düsseldorf, den 22. November 1848. Der Generallieutenant und Kommandeur der 14. Division: (gez.) von Drigalski.

Mit drei Beilagen.

Erste Beilage zu № 278 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 26. November 1848.

Schleswig, 20. Nov. Hier ist heut folgender Armeebefehl erschienen: Es ist eine Adresse zu meiner Kenntniß gekommen, welche, wahrscheinlich von einem Soldaten des 7. Bataillons der schleswig-holsteinischen Armee ausgehend und verbreitet, bei allen Bataillonen zur Unterschrift circuliren sollte, und welche den Zweck hat, die preußischen Truppen, die in Schleswig gekämpft haben, und nuumehr in Berlin eingerückt sind, zum Ungehorsam und Verrath gegen ihren König aufzufordern. Ein so verbrecherisches Treiben veranlaßt mich, die unter mir stehenden Truppentheile warnend aufzufordern, sich nicht solcher Versuche theilhaftig zu machen, vielmehr mit Entrüstung die Verführer zurückzuweisen, und festzuhalten an der Ueberzeugung, daß jene erprobten Truppen, welche mit allen Tugenden des Kriegers, dem Gehorsam, der Treue, der Hingebung, der Tapferkeit, reich geschmückt sind, nie in ihrer Treue gegen König und Vaterland wanken, und daß sie die tiefste Verachtung jedem Ansinnen zu einem Verbrechen entgegensetzen werden, welches den Glanz ihrer Waffen mit unauslöschlicher Schmach bedecken müßte. Der Oberbefehlshaber der deutschen Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein.

(gez.) v. Bonin.

Oesterreich.

* **Wien,** 23. November. [Die Theuerung] aller Lebensbedürfnisse nimmt in Folge der ungarischen Absperrung mit jeder Stunde zu. Während in ganz Ungarn durch Kossuths Politik seit 5 Monaten aller Abzug der Landesprodukte gehemmt ist und fast aller Verkehr mit Osterreich aufgehört hat, sind dort ungeheure Vorräthe aufgehäuft. Kossuth sucht auf alle Weise in unserer Hauptstadt die Theuerung und die steigende Noth und das Elend der erst entwaffneten Arbeiter und der geringern Volksklassen zu vermehren. Dieser Umstand der Dinge bedarf der ernstesten Erwägung.

† **Wien,** 23. Nov. [Neue Hinrichtungen. — Parade vor dem russischen General Lieven.] Seit acht Tagen ist kein Menschenleben dem unerbittlichen Standrecht an der „Elendbastei" beim Stabsstockhause gefallen, wo die letzten militärischen Hinrichtungen stattfanden. Nach den inzwischen vorgenommenen Begnadigungen, Umwandlungen und Milderungen erkannter Strafen, mit Rücksicht auf die Bildung eines, für alle Aktionen der exekutiven Staatsgewalt verantwortlichen Ministeriums, dessen Mitglied — Graf Stadion — notorisch kräftige Einsprache gegen die unmodificirte Ausführung des Standrechtes gethan, mit Rücksicht auch auf den Zusammentritt des Reichstages nahm man gern allseitig an, daß — mit Ausnahme der Mörder Latour's — eine Amnestie, wenn nicht dem Worte, so doch der That nach eintreten werde. Heut aber sind Dr. Becher, verantwortlicher Redakteur des Radikalen, und erst kürzlich auf die Anzeige einer Frau, welche damit ihren Gatten befreite, aus sicherem Versteck zur Haft gebracht, und Dr. Jellineck, seit dem September Mitarbeiter des Radikalen, früher Faktotum des Herrn v. Schwarzer bei der Oesterreichischen Zeitung, füsilirt worden; schon früh $^1/_2$7 Uhr, weil sich seit acht Tagen täglich eine bedeutende Menge an der Elendbastei, der Exekutionen harrend, von 8 Uhr ab eingefunden. Beide sollen mit großer Beherztheit und Entschlossenheit gestorben sein und von der Bitte, mit unverbundenen Augen sterben zu dürfen, erst nach der wiederholten Bedeutung, daß die Binde den Schützen größere Sicherheit gebe, gelassen haben. Die morgen zu erwartende Kundmachung wird uns belehren, ob Jellineck nur wegen Preßvergehens verurtheilt ist, da er nach einhelliger Versicherung nicht die Waffen, wie Becher, getragen hat. Es ist dies die zehnte und elfte Exekution und nunmehr unzweifelhaft, daß man die Todesurtheile nach Kategorien, also zur Exemplifikation vollstreckt hat. Vier Stunden nach der Hinrichtung paradirten die Truppen vor dem Fürsten Lieven, General-Adjutanten des Selbstherrschers aller Reußen, der dem Fürsten Windischgrätz und Ban Jellachich in kostbaren Dekorationen die Anerkennung für ihre energischen Maßregeln und Siege über Wien überbracht hat. Die Magazinirungen an der Grenze sind vollendet; die Operationen gegen Ungarn haben begonnen. (s. „ungarische Grenze.")

8 **Wien,** 23. Nov. [Die Stellung Oesterreichs zu Deutschland wird eine sehr zweifelhafte. — Die Angeberei. — Der Abgeordnete Pillersdorf.] Erzherzog Johann soll, wie ich Ihnen bereits schrieb, entschlossen sein, die Stelle als Reichsverweser wieder niederzulegen, indem die Stellung Oesterreichs zu Deutschland mit jedem Tage zweifelhafter wird und wie man vernimmt, demnächst sogar die Abberufung der österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt erfolgen soll; Oesterreich will die Hegemonie in Deutschland entschieden an Preußen abtreten, falls nicht mit Beseitigung der Idee der Nationaleinheit der gesammte Kaiserstaat in den deutschen Bund aufgenommen wird. Oesterreich gedenkt sich in diesem Falle abgesondert zu konstituiren und nur mit Deutschland ein Trutz- und Schutzbündniß abzuschließen, wodurch es jedoch durch seine schwankende Lage zwischen Slavismus und Germanismus desto sicherer der Auflösung entgegengeht. — Das schamlose Gezücht der Angeber, das den jetzigen Augenblick ganz besonders zu ihrem niederträchtigen Gewerbe geeignet fand, überschüttete die Centralkommission und namentlich den Fürsten Windischgrätz dergestalt mit Denunziationen, daß die Erstere denselben gar keinen Werth mehr beimißt, der Letztere aber einen tiefen Ekel gegen die ehrlose Brut empfindet. Wie sogar Offiziere von der Sache denken, mag folgendes Beispiel lehren. In einem hiesigen Kaffeehause erschien ein Student in Verkleidung, doch kaum hatte ihn der Cafetier bemerkt, als er sich einem Offizier näherte, der gleichfalls anwesend war und den Studenten verrieth. Der Offizier jedoch trat zu dem Studenten und sagte: Entfernen Sie sich möglichst bald, denn Sie haben hier Feinde, doch ich bin nicht ihr Feind. Kaum war der Student fort, als sich der Offizier laut und öffentlich gegen den nichtswürdigen Kaffeewirth wendete und demselben in den energischesten Ausdrücken seine ehrlose Handlungsweise vorhielt, worin alle anwesenden Gäste einstimmten. — Ein würdiges Seitenstück hierzu bildet der Brief des Juristen Köcher in der Wiener Zeitung, worin gegen die Mitglieder der Linken und selbst gegen den edlen Pillersdorf die gewichtigsten Anklagen geschleudert werden und zwar, als hätten sie die Bewegungen der Aula geleitet. Wie man auch über diese Fraktion des Reichstages denken möge, so viel ist gewiß, daß so allgemein ausgesprochene Beschuldigungen blos den gehässigen Charakter von Verdächtigungen an sich tragen, aber die Ausführlichkeit einer speziellen Anklage gänzlich vermissen lassen. Wir wollen hoffen, daß dieser Brief die Veranlassung zu einer gründlichen Untersuchung darbieten werde, weil sonst gar zu leicht die Linke durch künstlich hervorgerufene Mißtrauensvoten aus dem Ständesaal verdrängt werden könnte, wie dies neuerlich mit Borrosch aus Prag und Schwarzer aus Wien der Fall ist. Die Feindschaft gegen Pillersdorf aber rührt von dem Haß der Aristokratie her, deren Interessen er preisgab, und von der Rache der Polizei, deren Unverschämtheit er als Minister zu zügeln wußte.

Se. Majestät der Kaiser aller Reußen hat geruht, an Se. Excellenz den Banus von Croatien, Feldmarschall-Lieutenant Baron Jellachich von Buzin ein Handbillet zu richten, dessen wörtliche Uebersetzung lautet:

„Ihre edlen Bestrebungen, General, um die Grundsätze der gesellschaftlichen Ordnung und der Gleichberechtigung, welche durch eine zügellose, an den empörendsten Erzessen schuldig gewordene Partei zu Füßen getreten wurden, vor einem Schiffbruche zu retten, haben Ihnen gerechte Ansprüche auf meine Achtung erworben. — Ich folgte mit lebhafter Sympathie Ihren geschickten Operationen seit dem Tage, wo Ihr Patriotismus Ihnen die Waffe ergreifen ließ, um in Ungarn den umwälzenden Tendenzen zu widerstehen. Ihre talentvollen Bewegungen führten Sie unter die Mauern Wiens, gerade im Augenblick eines entscheidenden Kampfes. Der Sieg, an welchem Sie einen so glanzenden Antheil nahmen, wendete sich auf Sei en des guten Rechts. — Indem ich die Wichtigkeit der Dienste, welche Sie und die Ihnen anvertrauten braven Truppen so eben erwiesen haben, vollkommen würdige, und indem es mir am Herzen liegt, Ihnen einen Beweis meiner völligen Anerkennung darüber zu liefern, habe ich Sie zum Ritter des heiligen Wladimir-Ordens 1ster Klasse ernannt, dessen Insignien nebst Patent ich Ihnen anbei übersende. — Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen die Versicherung der Theilnahme und der besonderen Achtung auszudrücken, die ich Ihnen unabänderlich gewidmet habe.

Nikolaus."

C.-B. **Wien,** 23. Novbr. [Tagesbericht.] Mehrere Wahlbezirke der Stadt und der Umgebung Wiens werden, wenn der österreichische Reichstag gegen die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse bezüglich der Art des Anschlusses an Deutschland von Seite Oesterreichs keinen Protest einlegen, oder dieser Protest die gehoffte Wirkung nicht haben sollte — ihre Abgeordneten des Frankfurter Parlaments zurückberufen. Die Stände von Kärnthen und Krain haben Se. Majestät in einer Adresse gebeten, sämmtliche österreichische Abgeordnete von der National-Versammlung zu entfernen. Mehrere Abgeordnete kehren selbst zurück; neue Wahlen werden vorläufig keine vorgenommen; denn bei den allenfalls ausgeschriebenen erscheinen keine Candidaten. Die deutsch-österreichische Sache scheint einer sehr nahen Entscheidung entgegen zu sehen. Oesterreich wird die deutsche Politik fallen lassen und seine Hauspolitik verfolgen; Oesterreich wird und kann ohne Deutschland bestehen; ohne daß wir eben behaupten könnten, daß dieses auch bei Deutschland der Fall wäre. (?) — Die Hausdurchsuchungen gehen hier ungestört vor sich. An mehreren Orten wurden gegen alles Erwarten Waffen- und Rüstungsstücke, jedoch in keiner bösen Absicht und nur in geringer Zahl versteckt gefunden. Ein Schullehrer — Vater von 4 minderjährigen Kindern, wurde gestern in der Vorstadt Josephstadt verhaftet, weil er in seinem Garten einige Säbel, sein Privateigenthum, vergraben, und einem Studenten den Aufenthalt im Lusthause des Gartens, ohne die vorgeschriebene Meldung, gestattet hatte. — Man erzählt sich hier, daß Se. Majestät der Kaiser dem Fürsten Windischgrätz erlaubt habe, sich von demselben eine Gnade auszubitten. Der Fürst soll gebeten haben, Se. Majestät möge — nach Wien zurückkehren. So schön und edel diese Worte klingen mögen, wäre denn doch zu wünschen, daß der Bitte um die vom Volke sehr gewünschte Rückkehr des Kaisers auch jene um Aufhebung der standrechtlichen Hinrichtungen beigefügt worden wäre; denn eben hören wir, daß heute Morgen abermals zwei Männer — man sagt Becher, Redakteur des Radikalen, und Jelinek, Mitarbeiter desselben — erschossen worden sind (s. unten). — Die hier durch eine Buchhandlung veranlaßte Herausgabe einer Sammlung der Novellen Messenhausers findet guten Absatz und dürfte in Kürze eine zweite Auflage erlebt haben. — Gestern sind abermals 5 Offiziere von Nikolaus Husaren und 2 Infanterie-Offiziere von der ungarischen Armee hier angelangt. — Der Verkehr stockt hier noch fortwährend. Wechselgeschäfte werden jetzt beinahe gar keine gemacht, welches wohl zum Theil den Vorgängen in Berlin zuzuschreiben ist. Der Belagerungszustand wirkt untrüglich mit seinen guten Theil auf die Leblosigkeit des Verkehrs ein; und es dürfte wohl für den Handel und Verkehr erst dann die bessere Zeit kommen, wenn der Belagerungszustand aufgehoben und der kaiserliche Hof nach Wien zurückgekehrt sein wird. — Der Gemeinderath hat die Armenbetheilung mit Brotzetteln aufgegeben, und wird die Hülfsbedürftigen Wien's auf andere Weise unterstützen. Dieser Rath hat neuerlich auch ein Plakat erlassen, in welchem er den dringenden Wunsch ausspricht, die Bevölkerung Wiens wolle den Gemeinderath in dessen eifrigen und aufrichtigen Bemühungen unterstützen, die Spuren der verflossenen bedrängnißvollen Zeit möglich bald verschwinden zu machen und Ruhe und Ordnung, wie entsprechenden Betrieb aller Gewerbe in Kürze zu bewirken. — Die Börse ist fortwährend ganz geschäftslos; die Kurse verändern sich wenig. Gold- und Silber-Einkäufe für Private werden stark gemacht. Silberagio 6½ bis 7 pCt.

□ **Wien,** 24. Nov. (Tagesbericht.) Aus Kremsier erhalten wir unterm 22. d. folgende Mittheilungen. Um 10 Uhr war Gottesdienst, um 11 Uhr versammelten sich die Reichstagsdeputirten im Saale des erzbischöflichen Palastes. Mehr als 250 Deputirte waren zugegen, die Minister Stadion, Bach und Kraus traten ebenfalls ein. Smolka präsidirte, jedoch nur, um die neu vorzunehmende Präsidentenwahl zu leiten. Schuselka ergreift vor Schluß der Sitzung das Wort, um als Berichterstatter des Reichstagsausschusses in den Oktobertagen einige Aufklärung zu geben. Die beschlußfähige Versammlung habe nämlich in Wien gegen die Verlegung des Reichstages nach Kremsier protestirt. Darauf kam keine Antwort und die Versammlung wollte neuerdings am 1. November deshalb eine Adresse berathen, aber es kamen nur 136 Abgeordnete zusammen, da ein österreichischer General, der jetzt Minister sein soll (Cordon), ohne es dem Reichstage zu wissen zu machen, die Thore der Reitschule sperren ließ, und die Abgeordneten nicht einmal, trotz ihrer Legitimation, die Stadtthore passiren konnten. Die 136 Anwesenden beschlossen, am 15. Nov. zusammen zu treten; allein sie fügen sich der Majorität. Der Krone wie den Ministern kann zwar durchaus nicht das Recht zuerkannt werden, den Reichstag nach Belieben zu verlegen; allein, um Zwiespalt zu vermeiden und die große Aufgabe desto eher lösen zu können, stelle er keinen Antrag. Das Unglück Wiens, früher durch demokratische Ultras und jetzt durch militairische Ultras herbeigeführt, muß je eher behoben werden. Er begnüge sich mit dieser Erklärung. — Smolka hebt die Sitzung auf und ordnet die nächste auf Samstag 10 Uhr an. — Der Reichstag zu Kremsier wird über Lebensfragen kaum eine Divergenz weder zur Rechten, noch zur Linken darbieten; weshalb auch die meisten Deputirten in ihren Sitzen das Centrum einnahmen. Insbesondere aber soll in Masse gegen die §§ 2 und 3 des frankfurter Akts Verwahrung eingelegt werden. — Aigner ist vollkommen begnadigt worden, was er vorzüglich

dem Umstand verdankt, daß er den unglücklichen Latour bereits am 5. Oktober vor der ihn bedrohenden Gefahr, wenn gleich fruchtlos, warnte.

[Erste Reichstags-Sitzung in Kremsier. Mittwoch den 22. November.] Nach vorgenommener Zählung erklärt der Präsident, daß die zur Eröffnung der Sitznng sowohl, als zur Beschlußnahme erforderliche Zahl von Abgeordneten anwesend sei, demnach erkläre er die Sitzung für eröffnet. Ferner, daß die Zeit seines Präsidiums längst um sei, er aber seit dem 9. November sein Amt noch fortgeführt habe, weil kein anderer Präsident da war, er bitte demnach zur Wahl zu schreiten. Die Schriftführer Streit, Wieser, Ullepich und Gleißbach sind erbötig, ihr Amt weiter zu führen. (Beifall.)

Hierauf wird zur Präsidentenwahl geschritten. — Das Skrutinium ergiebt 248 Stimmende, demnach eine absolute Majorität von 124 Stimmen erforderlich ist. Auf Strobach fallen 122, auf Smolka 121, auf Schmitt 2, auf Schuselka, Pillersdorf und Lasser je eine Stimme. Da sich keine absolute Majorität für einen der Kandidaten herausstellte, wird zu einem zweiten Skrutinium geschritten. Nachdem zum zweiten Male das Skrutinium vorgenommen wurde, ergaben sich bei 255 Stimmenden 131 Stimmen für den Abgeordneten Smolka und 124 Stimmen für den Abgeordneten Strobach, somit wurde Smolka durch sich selbst mit einer Majorität von 7 Stimmen gegen Strobach als gewählt erklärt. — Die Wahl der Vicepräsidenten wird mittelst Stimmzettel vorgenommen, und bei 246 Stimmenden wurde der Abgeordnete Mayer mit der absoluten Majorität von 124 Stimmen hierzu erwählt. Bei der Wahl zum zweiten Vicepräsidenten stimmen unter 242 Abgeordneten 132 für den Abgeordneten Lasser.

[Die Besetzung Oedenburgs.] Von unserm Wiener = Korrespondenten erhalten wir hierüber folgende Mittheilung: „Eben eingehenden Nachrichten aus Wiener Neustadt vom 22. d. zufolge, sind die kaiserlichen Truppen in Oedenburg ohne Widerstand von Seiten der Nationalgarde eingerückt. Einige Fanatiker der Nationalgarde, unter denen sich Juraten als Leiter befanden, hatten aus einem Hause auf die Truppen geschossen. Allein der kaiserliche Kommandant drohte mit einem Bombardement, worauf sich eine Deputation der Nationalgarde zu den Truppen begab, und um Schonung für die Stadt, die sich sodann ohne Schwertstreich ergab, bat. Von Oedenburg wird die Vereinigung der Hauptarmee mit der kroatischen des F.M.L. Dahlen, der von Warasdin gegen Ungarn heranrückt, baldigst bewerkstelligt sein."

† **Von der ungarischen Grenze,** 22. Novbr. [Oedenburg soll von den kaiserlichen Truppen besetzt sein. — Sympathien der ungarischen Armee für Oesterreich. — Standrechtliche Verurtheilungen und Volksjustiz in Ungarn.] Gestern sollen die österreichischen Truppen nach einem hitzigen Gefecht mit den ungarischen Insurgenten, die sich besser schlugen, als man erwartete, die Stadt Oedenburg besetzt haben, wodurch zugleich den vom Süden anrückenden kroatischen Schaaren die Hand geboten wird. Die Oesterreicher verloren 40 Mann an Todten und die Verwundeten wurden nach den Feldhospitälern zu Wiener-Neustadt und auf der Mauer geschafft. Der nächste Angriff wird auf Preßburg gerichtet sein, das gut verschanzt ist, doch weit stärker und weitläuftiger ist Raab befestigt, das ein verschanztes Lager bildet und 1809 mit 1800 Mann den Franzosen einen 9tägigen Widerstand leistete. Dieses dürfte blos blokirt werden, während das Gros der Armee auf die Hauptstadt losgehen wird. — Oesterreichische Offiziere sprechen mit Zuversicht von den Verbindungen, welche sie mit der ungarischen Armee unterhalten und behaupten, daß sie Zeichen mit derselben verabredet haben, durch welche die ungarischen Truppen im Augenblick des Kampfes ihre freundschaftlichen Gesinnungen gegen das kaiserliche Heer ausdrücken werden, doch sollen diese Zeichen als Geheimniß behandelt werden. — Die standrechtlichen Verurtheilungen jener Personen, die als schwarzgelb und magyarenfeindlich bekannt sind, dauern fort, sobald sie nur eine irgend feindselige Handlung gegen das jetzt in Ungarn herrschende System unternehmen, selbst gegen General Moga soll eine derartige Prozedur im Werk sein, weil er sich als krank erklärt und beharrlich jede Mitwirkung bei den weiteren Vertheidigungsmaßregeln gegen das österreichische Heer verweigert. Nebenbei geht die blutigste Volksjustiz ihren entsetzlichen Weg und fast täglich fallen in den verschiedenen Gegenden Opfer des Privathasses.

* Nach den neuesten Nachrichten von der ungarischen Grenze vom 23. Novbr. hatte sich in den Dispositionen der kaiserlichen Armee nichts verändert. Von der mährischen Grenze Ungarns längs der March steht das Korps des General Simonich bis in die Nähe von Preßburg. Bei Hainburg ist die Haupt-Armee, welche bereits in Verbindung mit der von Kroatien her operirenden Armee des General Dahlen ist. Von Galizien aus wird F.M.L. Schlick mit seinem Truppen-Korps binnen wenigen Tagen seine Operationen in Oberungarn beginnen. Am 24. Nov. gingen aus Wiens Umgebung neuerdings bedeutende Truppen-Massen an die Leitha ab. Aus Siebenbürgen ist die Nachricht vom 14. eingetroffen, daß der Kommandirende, F.M.L. Buchner Maro-Vasarhely besetzt hat, und daß, mit Ausnahme der Szekler, alle Volksstämme mit Gut und Blut für das Kaiserhaus einstehen.

Italien

** **Von der italienischen Grenze,** im Novbr. Keine Friedensaussichten. — Kriegskontributionen. — Der Slavismus.] Von Seite Englands und Frankreichs soll nunmehr Brüssel als der Ort der Konferenz vorgeschlagen worden sein, woselbst die Angelegenheiten Italiens bereinigt werden mögen. Doch hört man, daß König Karl Albert sich inzwischen mit Oesterreich durch Bezahlung von 85 Millionen an Kriegskosten verständigt hätte, um der Vormundschaft des Auslandes auszuweichen und die monarchische Grundlage seines Staates zu retten. Ob dies begründet ist oder auch nur praktisch durchführbar] erscheint, sei] dahingestellt; wir selber glauben nun einmal an keine friedliche Ausgleichung von einiger Dauer, sondern sind vielmehr überzeugt, daß die italienische Frage die nächste Veranlassung zum Ausbruche jenes vielfach geweissagten Weltkrieges sein wird, von dessen Ausgang die Neugestaltung des europäischen Staatensystems abhängen muß. — Radetzky geht seinen Weg der Strenge ungescheut fort und sucht nur die Masse der Landbewohner durch Milde zu gewinnen, indeß er den Städten das ganze Gewicht seines mächtigen Armes empfinden läßt. Ein Beweis davon ist nicht nur das wesentlich verschiedene Verhalten des Militärs auf dem platten Lande und in den Städten, sondern noch weit mehr die neuerliche Aufbürdung der Kriegskontribution, die nur die reichen Mitglieder der provisorischen Regierung, die Leiter der Klubbs und alle Jene trifft, welche der Sache der Insurrektion ihre finanziellen oder geistigen Kräfte gewidmet haben. Was diese Steuer, welche einer Güterkonfiskation gleichkommt, besonders furchtbar macht, ist der Umstand, daß bei den Bezüchtigten stets nur der Besitz vor dem 18. März l. J. als maßgebend angenommen wird, wodurch alle fingirten Schuldenlasten oder Verkäufe als rechtlich erloschen erklärt werden, was nothwendig zu vielen Prozessen führen muß. — Auch in Triest regt sich jetzt das slavische Volkselement, das durch die Einnahme Wiens plötzlich in Oesterreich eine Kraft gewinnt, die man früher kaum zu ahnen wagte. Es hat sich daselbst ein slavischer Verein gebildet, der sich die Weckung und Pflege des slavischen Volksgeistes an den fernen Küsten der Adria zur Aufgabe stellt und den kühnen Traum der Panslaven, Deutschland vom Mittelmeere auszuschließen, wahr machen will.

Laut dem Tessiner Republikano hat Radetzky mit der Eintreibung der angekündigten Steuern begonnen. Auf 20 Familien allein sind 7 Mill. und 560,000 österr. Lire verlegt, Herzog Litta voran mit 800,000 Lire. Wir denken, diese Angaben bedürfen noch der Bestätigung.

Schweiz.

Zürich, 20. Nov. [Gebietsverletzung.] Wie wir vernehmen, hat von Seite deutscher Soldaten eine Verletzung unseres Gebietes stattgefunden Am 18ten Abends 4 Uhr sind 30—35 deutsche Soldaten, angeführt von einem Unteroffizier, bewaffnet nach Sulgen (einem Weiler mit neun Wohnhäusern bei Rafz, Kanton Zürich) gezogen und verlangten, ein Haus zu durchsuchen, in welchem Flüchtlinge (Weißhaar) verborgen sein sollten. Gegen ein solches Vorhaben erhoben sich die Bewohner des kleinen Ortes, und als die Soldaten Miene machten, Gewalt anzuwenden, wurden sie von den Einwohnern mit Steinen und Stöcken weggejagt. — So eben vernehmen wir, daß der Stationskommandant von Lottstetten dem Bezirksstatthalter in Bülach bereits Erläuterungen über diesen Vorfall gegeben hat. Eine Patrouille Soldaten habe sich verirrt; sie habe nicht gewußt, daß sie auf schweizerischem Gebiete sich befinde, des nicht zu betreten alle an der Grenze aufgestellten deutschen Soldaten den strengsten Befehl haben.

Frankreich.

Paris, 21. Nov. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der § 1 des Dekretentwurfs bezüglich der Sparkassen mit großer Mehrheit angenommen. Der Conseils-Präsident Cavaignac nahm hierauf das Wort und erwähnte der vielen Angriffe und Verleumdungen, die gegen ihn gerichtet worden, die er aber, so lange sie von Nichtmitgliedern der Versammlung ausgegangen seien, schweigend ertragen habe. Auch ferner würde er schweigen, wenn man sich nicht seit einigen Tagen zur Begründung verleumderischer Anklagen auf mehrere Repräsentanten berufen hätte. Vergebens habe er gewartet, daß letztere diese Berufung für mißbräuchlich erklären sollten; ihr Schweigen nöthige ihn, einige Fragen an sie zu richten, und dazu möge man den übermorgenden Tag ansetzen. Er werde die Herren Garnier-Pagès, Duclerc, Pagnerre und B. St.-Hilaire fragen, ob sie durch schriftliche oder mündliche Aeußerungen gegen Dritte veranlaßt hätten, daß man ihren Namen gebrauche, um die gegen ihn gerichteten Anklagen zu begründen. Sollten sie, wie er hoffe, verneinend antworten, so sei die Sache abgemacht; andernfalls werde er sofort auf die Debatte eingehen. Hr. Garnier-Pagés äußerte, Cavaignac spreche von Angriffen und Verleumdungen; sei er verleumdet worden, so habe er Ursache, die öffentliche Debatte zu begehren. „Wir sind" — sagte er — „unfähig zur Verleumdung, aber die vollziehende Kommission ist seit lange verleumdet worden. Sie hat lange geschwiegen. Man will den Schleier zerreißen und die Handlungen ans volle Tageslicht ziehen; gut, wir nehmen die Debatte an. Man verlangt Erläuterungen; wir werden sie am Donnerstag vollständig geben, gleichviel, was sie kosten und was daraus folgen mag. Der Präsident wollte die Debatte auf Donnerstag anberaumen, Hr. Joly beantragte aber, weil es wichtig sei, die abwesenden Herren Marie und Lamartine, als gewesene Mitglieder der vollziehenden Kommission, zu hören, die Verschiebung der Debatte bis zum Montage. Cavaignac wollte hierauf dieselbe schon auf morgen festgesetzt wissen; zuletzt wurde aber, nachdem auch Ledru-Rollin auf die Anwesenheit Marie's und Lamartine's gedrungen hatte, die Debatte auf Sonnabend anberaumt. Zum Schlusse wurden noch die Artikel und das Ganze des Dekretentwurfs wegen der Sparkassen rasch genehmigt.

Großbritannien.

London, 20. Novbr. [Die englische Presse im Dienste Metternich's.] Die englische Presse fährt fort, das deutsche Volk in allem, was ihm heilig ist, auf das brutalste zu verhöhnen. Die meisten Blätter treiben sogar bitteren Scherz mit unserer Lage. „Was den Deutschen noth thut" — sagt der „Economist" — „das ist: mehr Geld .... Eine vertretende Versammlung aber ist vom staatswirthschaftlichen Standpunkte im Allgemeinen nicht sehr vortheilhaft, und die Deutschen werden wahrscheinlich durch eine solche keine Verminderung der Steuern erzielen, obschon dies das Einzige ist, was sie von dem Austausche eines englischen Hauses der Gemeinen gegen die willkürliche Regierung eines Fritz oder Franz verlangen." — Das „Morning Chronicle" schreibt: „Es bleibt dem preuß. Könige nur die Wahl zwischen einer Restauration oder einer Abdankung, zwischen dem alten Schlosse in Brandenburg oder einer Reihe von Zimmern im Hotel Mivart nebst einem Vordersitze in Exeterhall oder einem Familien-Kirchstuhle in der Kapelle der Johannisstraße (in London). Der Vertagung der National-Versammlung in Berlin muß deren Auflösung folgen. Das allgemeine Stimmrecht muß über Bord geworfen werden; es muß ein Aufruf an den konservativen Sinn der Nation ergehen. Giebt es denn keine Edelleute in Sachsen, keine handfesten Pächter in Westfalen, keine derben Bauern in Pommern und in der Mark, um sich nochmals um die Fahne Brandenburgs zu schaaren?" u. s. w. — Der „Standard" sieht in der Hinrichtung Blum's die natürlichste Sache von der Welt. Er findet es aber so lächerlich, daß Blum sich in Wien auf seine Unverletzlichkeit berief, als wenn er dies in London gethan hätte. „Sollte ein Mitglied des Frankfurter Parlaments" — sagt der „Standard" weiter — „zum Beispiel vor die Schranken von Old-Bailey belangen, des Diebstahles beschuldigt — kein unwahrscheinlicher Fall! —, würde dann sein Advokat ihm rathen, seine Unverletzlichkeit vorzuschützen?" u. s. w. — Die „Daily News" fahren muthig in ihrem Kampfe gegen diese Schändlichkeiten fort. „Das größte Fest" — sagt dieses Blatt — „für hochwichtige Whigs und alte Tories ist das Wiener Bombardement, sind die Wiener Metzeleien gewesen. Sie haben sich ein Kannibalen = Fest daraus gemacht; sie haben über das Blut gefrohlockt, und die Zeitungen haben sich zu den Dichtern jener Thaten aufgeworfen. Und nichts kann der wilden Täuschung gleichen, welche ihnen daraus geworden, daß sie sich nicht auch an einem Berliner Blutbade sättigen konnten! Und das Alles, um das Recht der Aristokratie „von Gottes Gnaden" zu erheben und zu heiligen, um das Budget ungeschmälert, die Armee unvermindert zu erhalten, um die Majorität der Volksvertretung in derselben geschlossenen Faust der Aristokratie zu halten, in welcher sie sich vor 1832 befand."

(Köln. Z.)

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau,** 25. Nov. Am heutigen Abend fand im Café restaurant Versammlung der Central-Kommission der Bürgerwehr-Klubbs statt. Mehre Mitglieder machten darauf aufmerksam, daß sich an den Straßen-Ecken ein Plakat befinde, welches zur Volks-Bewaffnung auffordere. Diesem Plakat müsse die Central = Kommission entschieden entgegentreten. Es

wurde daher beschlossen, sogleich ein Plakrt ebenfalls drucken und Sonntag Vormittag an den Ecken anschlagen zu lassen. Dies Plakat lautet:

„Am gestrigen Tage ist ein Plakat ohne Namensunterschrift erschienen, worin zu einer Volks-Versammlung für heute Nachmittag 3 Uhr auf dem Neumarkt, behufs allgemeiner Volksbewaffnung aufgefordert wird. Abgesehen davon, daß jenes Plakat nicht unterzeichnet ist, also keine Bürgschaft dafür giebt, von welcher Seite es kommt, halten wir eine Versammlung in der angegebenen Weise ausgeschrieben, für äußerst unangemessen. Der Gedanke, daß von irgend einer Seite her, durch diese Versammlung militärische Maßregeln hervorgerufen werden sollen, liegt ziemlich nahe. Wir halten uns für verpflichtet, vor dem Besuche dieser Versammlung dringend abzumahnen.

Breslau, den 26. November 1848.

Die Central-Kommission der Bürgerwehr-Klubbs."

Es wurde beschlossen, auch sofort den Arbeiter-Verein aufzufordern, dieser Erklärung beizutreten. Die Central-Kommission bestimmte am Schluß der Sitzung, daß ihre Mitglieder sich Morgen Sonntag den 26. Abends 7 Uhr wieder im Café restaurant versammeln sollen.

---

* Breslauer Komunnal-Angelegenheiten.

Breslau, 25. November. (Die Neuwahl der Stadtverordneten-Versammlung.) — Sämmtliche Stadtverordnete und deren Stellvertreter waren auf heute zur Sitzung eingeladen worden, um gemeinschaftlich darüber Beschluß zu fassen, ob nach dem Majoritätsgutachten der Kommission die Stadtverordneten eine Neuwahl in den Bezirken veranlassen und nach vollzogener Wahl dann ihr Amt niederlegen sollten.

Die Debatte dauerte fast 2½ Stunde und man kam endlich zur — Vertagung des Antrages, bis der Thatbestand und die Sachlage der Vorfälle vom 20. November, gegenüber den verschiedenen Zeitungsberichten veröffentlicht seien. Obiger Antrag wird, wenn auch nach längerer Zeit, denn jener Bericht wird nicht sogleich erscheinen können, da Zeugen vernommen werden sollen, jedenfalls nochmals debattirt werden und natürlich mit denselben Gründen für und wider, so daß wir es uns ersparen können, der heutigen Debatte Zeitungsraum zu gewähren. — Wenn die Stadtverordneten zaudern, die bestimmte Initiative zu ergreifen, so müssen es jetzt die Bezirke thun und die Versammlung nicht länger in Ungewißheit lassen, denn nicht im Gesetze, sondern im Vertrauen der Mitbürger liegt die wahre Kraft und die Macht der Stadtverordneten.

Schließlich muß noch bemerkt werden, daß der Verein für Recht und Gesetz eine Adresse an die Versammlung geschickt, welche vom Vorsteher-Stellvertreter vorgelesen wurde und den Inhalt hatte, daß die Stadtverordneten sich nicht auflösen möchten. Stadtverordneter Siebig machte im Laufe der Debatte, indem er für die Auflösung sprach, bezüglich dieser Adresse die Bemerkung, man wisse ja, was man auf diese Adresse zu geben habe. Die nächste Sitzung ist auf Dienstag angeordnet.

---

r **Breslau**, 23. Novbr. (Rückblick auf die letzten Ereignisse in Breslau.) Die Ereignisse der letzten Wochen haben die hiesigen Parteien in ihrer Stellung klar hervortreten lassen. Es lohnt sich, einen Rückblick auf diese Zeit zu thun, um die Eindrücke derselben zu sammeln.

Die hervorstechendste Wahrnehmung ist die, daß die Ausbreitung des wahren Liberalismus in unserer Stadt in der That eine fast allgemeine ist und daß der bei weitem größte Theil der an politischen Ereignissen theilnehmenden Bevölkerung von der Gesinnung dieses wahren Liberalismus durchdrungen ist. Wir stützen diesmal diese Behauptung nicht auf die Mitgliederzahl der Klubbs, noch auf die Menge von Unterschriften oder die Größe einer Volksversammlung; diese Wahrheit stellte sich da heraus, wo es handeln hieß, in den Versammlungen der Bürgerwehr, sowohl der Wehrmänner selbst, als der Führer. Die Bürgerwehr, welche die Aufgabe hat, der politischen Gesinnung der Stadt Geltung zu verschaffen: hat sich einstimmig für das Recht der National-Versammlung ausgesprochen, und sie war fast einstimmig entschlossen, dieses Recht auch bis in seine Konsequenzen geltend zu machen.

Läßt sich so das fast ausschließliche Vorwalten der demokratischen Gesinnung in unserer Stadt nicht leugnen, so muß es uns mit Freude und Stolz erfüllen, welchen Inhalt diese Gesinnung offenbart, welche Reife und Bildung sie bewiesen hat. Die Furcht, welche eine gewisse Partei hat oder zu haben vorgiebt, die Furcht vor der „Anarchie", vor der „rothen Republik", dem „Terrorismus des Pöbels", hat sich in diesen Tagen in ihrer ganzen Nichtigkeit bewiesen. Wer einen Blick in das innere Getriebe der Parteien gethan hat, der weiß, daß diese Partei, welche durch die Masse zur Herrschaft gelangen will, so gut wie gar kein Gewicht hat, ja, daß sie gar keine Partei ist, denn — eine Lerche macht noch keinen Frühling und eine Hyäne noch keine Menagerie. Die Masse selbst aber, das „Volk", die wenigen Hundert, die bei einigen Scenen den lärmenden Chorus bildeten — will man diese als das Ungeheuer bezeichnen, welches unsere staatliche Ordnung zu verschlingen droht und die Behörden in ihren Entschlüssen terrorisirt? Die Männer selbst, die dieses „tapfere Volk" zur That führen wollten und mit dem Ausbruch seiner Kraft drohten, sind sehr bald zur Ueberzeugung gekommen, daß sich mit ihm „nichts machen ließ". Wenn aber eine „Behörde" sich von dem mehr burlesken als gefährlichen Treiben dieser Menge „terrorisiren" ließ, so früge es sich sehr, ob das Zeugniß gäbe von der Macht des Haufens oder der Ohnmacht der Behörde!

Die Männer aber und die große Mehrzahl der Bevölkerung, in deren Hand die Bewegung der letzten Wochen lag, waren fremd allen anarchischen Bestrebungen, und gerade der Anarchie, die nach ihrer Ansicht durch das Verlassen des konstitutionellen Bodens von Seiten der Krone im Staate eingetreten ist, suchten sie entgegenzutreten durch das Festhalten an den Behörden der Stadt. Die Bürgerwehr sowohl als die Klubbs haben keinen eigenmächtigen Schritt gethan, sie haben die Opposition gegen die Ueberschreitungen der Regierung nicht in der Macht der Masse gesucht, sondern sie blickten auf den Magistrat und die Stadtverordneten; nur mit diesen handelten sie und suchten zu handeln durch diese. Beim Beginn des Zwistes mit der Krone schien es, als würden diese Behörden die Rechte des Volkes mit aller Energie vertreten und das Volk von Breslau seiner Gesinnung gemäß leiten. Aber als es dazu kam, die Konsequenzen des ersten Schrittes auf sich zu nehmen und die Worte, die man der National-Versammlung gelobt, durch Thaten zu halten, da zeigte es sich, daß diese Behörden nicht handelten, wie die große Mehrzahl des Volkes verlangte und vertreten wollte. Und doch ging man nicht über diese Behörden hinweg und fügte sich, wie wenig man auch mit ihnen einverstanden war. Man verschmähte es, die Freiheit auf Kosten der Ordnung zu sichern.

Wer die Ereignisse der letzten Woche unparteiisch betrachtet, der muß zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die politische Gesinnung der Stadt eine Reife besitzt, bei der „anarchische" Bestrebungen entweder gar nicht vorhanden seien oder keinen Erfolg haben können, und daß die Furcht davor entweder eine lächerliche Schwäche oder eine perfide Verstellung ist. Wenn aber diesmal diese politische Reife, dieses Bewußtsein staatlicher Ordnung sich kund gab, indem man der Anarchie von unten her, der rothen Republik aus dem Wege ging, so können wir hoffen, daß dieselbe Reife sich bewähren wird, wenn es einst gelten sollte, mit den städtischen Behörden der Anarchie von oben her, der rothen Reaktion entgegenzutreten!

... ss **Breslau**, 25. Nov. [Vereinsschau.] Unser politisches Leben, das zu Anfang dieser Woche wie ein überschwellender Strom auf den Straßen und öffentlichen Plätzen einherbrauste, hat sich in den letzten Tagen wieder in die Klubbs- und Zeitungslokale zurückgezogen. Wir beginnen unsere Schau mit einem jungen Vereine für „Gesetz und Ordnung", welcher der jetzt so ereignißschwangeren Zeit sein Dasein verdankt. In der letzten Sitzung wurde auf den Antrag eines Mitglieds beschlossen, den Magistrat um die baldige Wegschaffung der noch auf dem Rathhause befindlichen Gewehre zu ersuchen. Nach einem modifizirten Vorschlage des Grafen Ziethen werden politische Diskussionen, insoweit dieselben nicht die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung angehn, vom Vereine ausgeschlossen. Behufs der Organisation wird ein Commité von 9 Mitgliedern ernannt, welches die Mitgliedskarten zu vertheilen und monatliche Beiträge zu erheben hat. Der Antrag, den neuen Oberpräsidenten der Provinz von dem Bestehen des Vereins in Kenntniß zu setzen, wird zum Beschluß erhoben und dahin erweitert, daß eine Deputation damit beauftragt werde, welche Herrn v. Schleinitz zugleich eine Vertrauensadresse, welche heute als Plakat veröffentlicht worden, überbringen solle. (Siehe den folgenden Art.) Auch an das Ministerium beschließt der Verein eine Adresse zu erlassen des Inhalts, daß man von ihm die Erwartung hege, es wolle das Vaterland in den Zustand zurückführen, in welchem allein der Genuß der verheißenen Freiheiten möglich ist.

Der deutsche Volksverein beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Steuerverweigerungsfrage; es wurde eine Kommission ernannt, welche sich ausschließlich mit der Angelegenheit befassen soll.

Der demokratische und Arbeiterklubb hielten ebenfalls Zusammenkünfte; doch ließen die Debatten eine gewisse Abspannung der Gemüther nicht verkennen und boten fast gar Nichts von allgemein politischem Interesse dar.

Der Landwehrverein „mit Gott, für König und Vaterland" hat durch Plakate eine Adresse an den König veröffentlicht und verwahrt sich gegen das Gebahren des sogenannten „Allgemeinen Landwehrvereins."

Breslau, 25. Nov. In der beendigten Woche sind (exclusive eines todtgeborenen und eines im Wasser verunglückten Mädchens) von hiesigen Einwohnern gestorben: 34 männliche und 39 weibliche, überhaupt 73 Personen. Von diesen starben an Abzehrung 7, an Alterschwäche 5, an Blutsturz 2, an der Bräune 2, an der Cholera 11, an Luftröhren-Entzündung 2, an Brust-Entzündung 1, an Lungen-Entzündung 2, an Unterleibs-Entzündung 1, an gastrischem Fieber 1, an Nerven-Fieber 3, an Wochenbett-Fieber 1, an Zehr-Fieber 1, an Gehirnausschwitzung 1, an Keuchhusten 2, an Krämpfen 5, an Lebensschwäche 2, an Unterleibsleiden 1, an Schlagfluß 5, an Stickfluß 1, an Lungen-Schwindsucht 8, an Gehirnhöhlen-Wassersucht 1, an Gehirnwassersucht 5, an allg. Wassersucht 1, an Zahnruhr 1, an Zitterwahnsinn 1. Von diesen starben in öffentlichen Krankenanstalten und zwar in dem allgemeinen Krankenhospital 16, in dem Hospital der Elisabethinerinnen 2, in der Gefangen-Kranken-Anstalt 1. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen unter 1 Jahre 13, von 1 bis 5 Jahren 9, von 5 bis 10 Jahren 1, von 10 bis 20 Jahren 5, von 20 bis 30 Jahren 8, von 30 bis 40 Jahren 5, von 40 bis 50 Jahren 5, von 50 bis 60 Jahren 13, von 60 bis 70 Jahren 8, von 70 bis 80 Jahren 6.

Auf dem am 20. d. hier abgehaltenen Roß- und Vieh-Markte waren 600 Stück Pferde feilgeboten. An inländischem Schlachtvieh waren 100 Stück Ochsen, 250 Stück Kühe und 744 Stück Schweine vorhanden.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 30 Schiffe mit Eisen, 23 Schiffe mit Zink, 2 Schiffe mit Zinkblech, 15 Schiffe mit Steinkohlen, 6 Schiffe mit Rapps, 3 Schiffe mit Roggen, 31 Schiffe mit Brennholz, 1 Schiff mit Düngergips, 1 Schiff mit Mehl, 1 Schiff mit Kalkasche, 1 Schiff mit Knochen und 8 Gänge Brennholz.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 16 Fuß 5 Zoll und am Unterpegel 4 Fuß 3 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 18. d. am ersteren um 1 Zoll und am letzteren um 1 Zoll wieder gestiegen.

Breslau, 25. November. [Ueber einen schon früher erwähnten Diebstahl, so wie über einen Unglücksfall, welcher sich in Breslau ereignete,] enthält der „Bresl. Anz." folgende ausführliche Mittheilungen: 1) Am 20sten d. Mts. wurde hierselbst ein Diebstahl begangen, welcher sowohl durch die besondere Frechheit, mit der derselbe verübt worden, als auch durch den Betrag des gestohlenen Werthes bemerkenswerth ist. Es wurde nämlich am 20sten d. Mts. Abends nach Ankunft des Berliner Bahnzuges das Postfelleisen mit sämmtlichen Berliner Correspondenzen, Schreiben und Geldbriefen gestohlen. Dasselbe war wie gewöhnlich von dem Eisenbahn-Postwagen nach dem im Bahnhofe stehenden Postwagen befördert und hier aufgepackt worden. Der hier am Hintertheile des Wagens befindliche Kasten war vorschriftsmäßig verschlossen und mit der eisernen Vorlege versperrt worden. Als der Wagen an der Brücke an der Taschenstraße ankam, wurde jedoch schon bemerkt, daß die Thürrn des Wagenkastens offen standen, und es ergab sich, daß dieselben mit Nachschlüsseln geöffnet, die Vorlegen aber gewaltsam erbrochen waren. Das Felleisen, mehr denn einen Centner an Gewicht, war gestohlen. Dieser freche Raub muß demnach auf dem Wege vom Bahnhofe bis nach der Brücke an der Taschenstraße verübt worden sein. Es ist dies um so unerklärlicher, als bei dem Fahren die Ausführung des Einbruches äußerst schwierig sein mußte, und grade an jenem Abende die Strecke, auf welcher der Diebstahl begangen worden, sehr gut beleuchtet war. Was bei dem Diebstahl an Geldern, Dokumenten, Wechseln und sonstigen geldwerthen Papieren entwendet wordin, ist bisher noch nicht festgestellt. Jedenfalls aber sind sehr beträchtliche Summen darunter gewesen, und man vermuthet auch eine Geldsendung von 10,000 Thlrn. Der Briefbeutel mit einem Theil der aufgerissenen Briefe ist in der Oder gefunden worden. Ein Wächter bemerkte nämlich am 21sten d. M. früh einem großen Gegenstand, welcher in der Oder geschwommen kam und an dem Rechen der Clarenmühle hängen blieb. Er ließ denselben herausziehen und fand den Beutel mit den aufgerissenen und zerrissenen Briefen und Scripturen. Auf die Ermittelung dieses Diebstahls ist eine Prämie von 100 Rthl. ausgesetzt. — 2) Am 21sten d. M. ereignete sich ein sehr bedauerlicher Unglücksfall, herbeigeführt durch Unvorsichtigkeit bei der Handhabung von Schießgewehr. Ein Bürgerwehrmann, welcher sich bei der Wittwe Sommer in dem Hause Nr. 30 Altbüsser-Straße in Schlafstelle befand, hatte Abends zwischen 5 und 6 Uhr sein geladenes Gehr zur Hand, und erklärte: er wolle einmal versuchen, ob er das auf

dem Tische stehende Licht ausschießen könne. Obschon hiervor verwarnt, da noch dazu die Wittwe Sommer am Tische saß, legte er das Gewehr an und drückte ab. Die Frau Sommer saß in diesem Augenblick gerade über in schußrechter Richtung. Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß ein Unglück herbeigeführt werden mußte. Die Kugel zerschmetterte der armen Frau den rechten Oberarm auf eine schreckliche Art, so daß die zerfleischten Theile bis an die Decke flogen. Die unglückliche Frau mußte sogleich nach dem allgemeinen Krankenhospital gebracht werden, woselbst ihr der Arm abgelöst wurde. Sie ist zwar noch am Leben, aber in großer Gefahr, der sie bei ihrem hohen Alter von 60 Jahren doppelt ausgesetzt ist. Nur durch einen besonders glücklichen Umstand, wurde noch größeres Unglück abgewendet. Die Kugel ging nämlich, nachdem sie die Wittwe Sommer getroffen, in ein gegenüberstehendes Bett, durchbohrte hier die Oberbetten und das Kopfbrett und traf den 12jährigen Enkelsohn an den Schenkel. Zum Glück hatte aber der Knabe ein Messer in der Tasche, auf welches die Kugel aufschlug. Sie zertrümmerte das Messer und spaltete sich selbst in zwei Theile, verlor aber durch den Widerstand des Messers ihre Kraft, so daß sie ermattete und herabfiel. Ob der Besitzer des Gewehres gewußt, daß dasselbe geladen gewesen, steht bisher noch nicht fest; jedenfalls aber verdient ein solch unverantwortlich leichtsinniges Gebaren, durch welches so großes Unglück herbeigeführt worden, die ernstlichste Ahndung. Möchte dieser abermalige traurige Vorfall dazu dienen, im Gebrauch der Gewehre vorsichtig zu machen. Oft wenn man den Ge- oder vielmehr Mißbrauch der Waffen, denn anders kann man ähnliche Unvorsichtigkeiten nicht nennen, mit ansieht, steht einem das Haar zu Berge, und man muß bewundern, daß nicht mehr Unheil angerichtet wird."

Breslau, 24. Novbr. [Deputation beim Ober-Präsidenten v. Schleinitz.] Heute Mittag um 12 Uhr empfing der interimistische Ober-Präsident v. Schleinitz die Deputation, welche ihm die Vertrauensadresse des Vereins für gesetzliche Ordnung zu überbringen hatte. Dieselbe bestand aus den Herren Ruthardt, Scharff, Hahn, Graf Zieten, Chevalier, Remer, Vogt, Primker, Moritz Sachs, Ed. Felsmann, Bräuer, A. Schneider. Nach einigen einleitenden Worten des Stadt-Rath Scharff verlas Hahn die Adresse, welche lautet, wie folgt:

„Hochwohlgeborener Herr, Sie haben auf den Ruf des Königs das schwere Amt übernommen, unser hart geprüftes Schlesien wieder zur Herrschaft gesetzlicher Ordnung, zum Genusse gesetzlicher Freiheit zurückzuführen; Sie haben es in einer Zeit übernommen, wo nur wahre Vaterlandsliebe und der edle Muth der Selbstaufopferung dazu bewegen können. Denn seit nur zu langer Zeit hat die Gesetzlosigkeit, der böse Wille allein in unserer Provinz gewaltet, und selbst der weisesten, kräftigsten Leitung wird es nicht sobald gelingen, die wild aufgeschossene Saat des Bösen auszujäten. Mit tiefer Beschämung müssen wir es bekennen: daß es soweit kommen konnte, daran ist die Schwäche, die Feigheit der sogenannten Gutgesinnten viel Schuld gewesen: sie seufzen daheim, aber thaten Nichts, um den Arm der Behörden zu stärken, um Jeder an seinem Theil dem Unheil zu steuern. Das soll und muß anders werden. Unser Verein ist in den jüngsten Tagen gewaltiger Krisis aus dem Bewußtsein entstanden, daß die Behörden, um mit Sicherheit und Kraft handeln zu können, sich auf eine kompakte Masse entschlossener Freunde des Gesetzes stützen müssen, gegenüber der immer bereiten kühnen Rotte der Anarchisten. Wir wollen denn einen Kern bilden, um welchen die Masse der redlichen Vaterlandsfreunde, abgesehen von aller politischen Meinungsverschiedenheit sich schaaren könne, damit im entscheidenden Augenblicke die Regierung nicht isolirt stehe. Noch ist der Sinn der Treue und Ehrenhaftigkeit in Schlesien nicht untergraben, noch ist die Zahl der guten Bürger überwiegend, und selbst der Theil der Bevölkerung, welcher verführt ist, ist nicht verdorben. Einer Leitung, welche mit der Kraft die Weisheit paart, wird es mit Gottes Hülfe gelingen, die bösen Elemente zu überwinden. Zu Ihnen, hochgeehrter Herr Ober-Präsident, hegen wir das volle Vertrauen, daß Sie uns ein kräftiger und weiser Führer sein werden; nehmen Sie das Versprechen hin, daß wir Ihnen jeder Zeit, vorzüglich aber in der Stunde der Gefahr muthig folgen werden."

Herr von Schleinitz antwortete mit bewegter Stimme:

„Daß ihm diese Manifestation eine sehr wohlthuende sei. Um der Deputation zu zeigen, wie er denke und was man von ihm zu erwarten habe, müßte er eigentlich sein politisches Leben durchgehen, da würde man sehen, daß ihm in jeder der vielfachen, nur allzu schnell wechselnden Stellungen, die er bekleidet, immer des Volkes Wohl eben so am Herzen gelegen, wie das Interesse der Staatsregierung; so besonders in der letzten schweren Stellung, in einer Provinz, wo leider viel Blut geflossen, wo er aber an seinem Theile Alles dazu gethan, um das Unglück zu mildern. So werde es auch in Schlesien sein: auch hier hoffe er sich bald als Freund des Volkes zu bewähren. Er sei mit der Befürchtung hergekommen, daß strenge militärische Maßregeln nöthig sein würden, um die Ordnung herzustellen, ohne welche die Freiheit ein leeres Wort sei, auch seien alle Vorkehrungen dazu getroffen; aber schon jetzt habe er die Genugthuung, daß das kräftige moralische Auftreten allein genügt habe, um die Anarchie ohne blutigen Zusammenstoß zu bannen. Er hege die zuversichtliche Hoffnung, daß es ihm auch ferner gelingen werde, der viel geprüften Provinz den Frieden wiederzubringen, und mit Freuden werde er sich dabei auf die Männer stützen, welche ihm so mit Vertrauen entgegenkommen."

Graf Zieten erwiderte noch mit einigen feurigen seelenvollen Worten, und nachdem die einzelnen Mitglieder der Deputation dem Ober-Präsidenten vorgestellt worden, unterhielt sich derselbe noch eine Zeit lang in ungebundener Weise mit ihnen, worauf sie sich mit dem Eindrucke entfernten, daß es dem neuen Ober-Präsidenten ein tiefer Ernst ist mit dem Wohle Schlesiens, mit dem Gedeihen und der Freiheit des Vaterlandes,

[Das Consistorium hat folgenden Erlaß an die Superintendenten gerichtet:]

Die verhängnißvollen Ereignisse der Zeit haben es uns als Pflicht erscheinen lassen, uns über die Stellung, welche wir den dadurch hervorgerufenen Wirren gegenüber einzunehmen haben, klar bewußt zu werden, und wir haben in Folge dessen bereits unter dem 20. d. Mts. auf Grund eines in außerordentlicher Sitzung gefaßten Beschlusses dem Herrn Minister Excellenz offen ausgesprochen, daß wir von der Ungültigkeit aller von der in offener Widersetzlichkeit gegen die königl. Regierung in Berlin gebliebenen Fraction, der bis auf den 27. d. M. vertagten National-Versammlung gefaßten Beschlüsse überzeugt seien.

Wenn wir Ew. Hochwürden hiervon Kenntniß geben, so geschieht dies nicht aus dem Grunde, weil wir daran zweifelten, daß Sie und die unter Ihrer Aufsicht stehenden Geistlichen, des von Ihnen geschworenen Amtseides lebendig eingedenk sein und die in demselben für Sie liegende Mahnung in diesen bewegten Tagen erkennen und beherzigen werden, sondern es geschieht vorzüglich deshalb, weil der evangelische Geistliche nicht blos für seine Person zu treuem Festhalten an einer von Gott verordneten Obrigkeit und zum Gehorsam gegen ihre Anordnungen berufen ist, sondern weil ihm überdies vor Andern obliege, die seiner Pflege anvertraute Gemeinde von verderblichen Irrwegen abzumahnen und für Recht, Ordnung und Gesetz im Geiste des Evangeliums laut seine Stimme zu erheben. Diese heilige Pflicht drängt sich jedem Diener am göttlichen Worte insonderheit jetzt mächtig auf, nachdem eine Partei der Vertreter des preuß. Volkes durch die widerrechtlich erklärte Verweigerung der Steuern, die Fackel der Zwietracht in das Volk zu schleudern versucht hat. Wir hegen zu Ew. Hochwürden, so wie zu Ihren Herrn Diöcesanen das Vertrauen, daß Sie nicht unterlassen werden, ein Jeder in seinem Kreise an Das zu erinnern, was die heilige Schrift über das Verhältniß des christlichen Unterthanen zur Obrigkeit lehrt, und durch Anhalten mit Ermahnen und Warnen sich als redliche Hirten Ihrer Heerden zu erweisen. Wenn wir Sie noch besonders dringend hierzu auffordern, so ist es unsere Absicht, Ihnen auch auf diesem Wege das stärkende Bewußtsein zu vermitteln, daß den Bewegungen der Zeit gegenüber, die Diener der Kirche und die kirchliche Aufsichts-Behörde für Recht und Treue fest zusammen zu stehen, entschlossen sind. Sie werden den Inhalt dieser unserer Verfügung Ihrer Diöcesan-Geistlichkeit unverzüglich mittheilen. Breslau, den 23. November 1848.

Königl. Konsistorium für die Provinz Schlesien.
von Uechtritz.

An sämmtliche Herren Superintendenten der Provinz.

(Schles. Ztg.)

Theater.

Die heutige Aufführung des Wilhelm Tell dürfte am besten geeignet sein dem Publikum von dem gegenwärtigen Zustande unseres Theaters Zeugniß abzulegen. Die Gesellschaft war bei Eröffnung der Wintersaison nicht der Art, um sich die Gunst des Publikums zu erwerben. Allein seit jener Zeit ist an der Regenerirung mit Sorgfalt gearbeitet und das Personal geändert und ergänzt worden. Der „Wilhelm Tell" giebt uns Gelegenheit, namentlich das ganze Männer-Personal kennen zu lernen und wir dürfen hoffen, daß es unsern strengen Ansprüchen Genüge leisten wird. — Von Herrn Baumeister als „Tell" ist gewiß nur Tüchtiges zu erwarten, und eben so von Herrn Mende als „Melchthal". — Herr Henning, der bisher den Tell gespielt, hat dieses Mal den „Stauffacher" übernommen, und sämmtliche andere Männerpartien sind so vertheilt, daß sie nur befriedigend ausfallen dürften. — Die Damenpartien im „Wilhelm Tell" sind bekanntlich untergeordneter Natur. — Im Interresse des Theaterpublikums wie der Darsteller können wir daher nicht unterlassen, auf die heutige Vorstellung hiermit aufmerksam zu machen. —

In unserem gestrigen Theaterartikel haben sich mehrere Druckfehler eingeschlichen, von denen wir hier nur einen berichtigen wollen. Es muß heißen: „Der Eindruck, den Madame Kannet hervorbringt, ist nur ein „günstiger", und nicht „geistiger."

M. K.

---

* **Liegnitz**, 24. November. (Ansprache des Magistrats. — Verein für gesetzliche Freiheit 2c. — Militairisches.) Schon in meinem letzten Briefe schrieb ich Ihnen, daß gestern Abend von 8 bis gegen 10 Uhr eine außerordentliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten in Betreff des Beschlusses der Nationalversammlung vom 15. d. M. stattgefunden habe. Dieselbe war von einigen Magistratualen und Stadtverordnetenmitgliedern als äußerst dringend beantragt worden, und sollte namentlich durch sie der von den in dieser Woche versammelten Wahlmännern des Liegnitzer Wahlbezirks gefaßte Beschluß hinsichtlich der Steuerverweigerung neutralisirt werden. In den Sitzungen beider Kollegien ging es sehr stürmisch her, da die Parteien für und gegen die Nationalversammlung ihre Ansichten mit großer Energie zu verfechten suchten. Die Herbeiführung eines Resultates wurde zuletzt durch den von der Regierung gegen den Magistrat ausgesprochenen Wunsch, eine Ansprache an die hiesige Einwohnerschaft zu veröffentlichen, erleichtert. Folgender Entwurf wurde nach längerer Debatte angenommen und heute an die Straßenecken geheftet:

„Im Einverständnisse mit den Herren Stadtverordneten erachten wir es für unsere Pflicht, unsern Mitbürgern gegenüber hierdurch auszusprechen, daß der von der Berliner-Nationalversammlung in Betreff der bedingten Steuerverweigerung gefaßte Beschluß, zumal derselbe von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. als zu Recht beständig nicht anerkannt worden ist, von uns nicht ausgeführt werden wird. Wir ermahnen daher die hiesige Einwohnerschaft, in pünktlicher Fortzahlung der Steuern jeder Art zu beharren, und sich dadurch allen Zwangsmaßregeln zu entziehen, die Seitens der Staatsbehörden bereits angeordnet sind. Liegnitz, den 23. November 1848. Der Magistrat."

Der kürzlich hier konstituirte Verein für gesetzliche Freiheit, Ordnung und Wohlfahrt hat heute seine Thätigkeit damit begonnen, daß er in einem an die Straßenecken geklebten Plakate diejenigen Wahlmänner angreift, welche sich am verflossenen Dienstage in der im Deutschen Kaiser abgehaltenen Konferenz für die bisherigen Schritte der Nationalversammlung erklärt haben. Gedachter Verein spricht den Wahlmännern das Recht ab, für sich und im Namen ihrer Urwähler Adressen an die Nationalversammlung abschicken zu können, und verwahrt sich zugleich auf das Feierlichste, gleiche Gesinnungen und Ansichten mit den Wahlmännern zu hegen. — In diesen Tagen haben fortwährend Militairzuzüge hier stattgefunden. Heute langten auf der Eisenbahn 2 Bataillone Landwehr an; mit dem Frühzuge 1 Bataillon des achten, mit dem Abendzuge 1 Bataillon des zwölften Landwehrregiments. Beide werden morgen nach den Dörfern abgehen.

---

* **Glatz**, 24. Nov. [Ein Schuß! —] Auch hier ist gestern auf einen Wachtposten bei einem Pulvermagazin geschossen worden, ohne den Entsender des Schusses zu entdecken. Die That, deren Zweck kaum abzusehen ist, hat jeden Gutgesinnten mit Indignation erfüllt; so wie man es lächerlich gefunden, daß ein hiesiger Bürger allen Ernstes den Herrn Kommandanten gefragt: weshalb die Kanonen vom Puhu-Berge weggefahren worden? — Daß die Steuerverweigerungsfrage hier und da Mißverständnisse erzeugt hat, die nicht so schnell beseitigt sein werden, als sie Platz gegriffen, ist nur zu gewiß und dürften populäre Plakate das beste Mittel sein, das Volk darüber aufzuklären.

Mannigfaltiges.

— [Paris.] Der National erzählt, daß Louis Napoleon in seinem Kreise schon napoleonische Manieren habe. Bevor er eintritt ruft der Jäger in Prachtlivre: „Der Prinz!" dann erheben sich die Damen und er durchwandert dann ihre Reihen bis zum Kamine. Der Prinz ahmt mit Affektation die Haltung seines Oheims nach, die eine Hand hält er auf dem Rücken, die andere in der Weste. — Ein Blatt erzählt die Anekdote, daß Präsident Marrast für sein jüngstes Töchterchen sich die kostbare Wiege des Grafen von Paris zugeeignet habe. Diese Wiege soll ein Meisterstück sein, und ist mit Perlmutter und Gold ausgelegt.

— Ein Wallfischfahrer von Hull hat am 2. Okt. an der Südküste der Baffinsbai eine Flasche mit Nachrichten von Sir James Roß im Meere gefunden. Danach befand sich Sir James am 28. August an der Mündung des Lancastersundes unter 73 Grad 50 Min. nördl. Breite und 78 Grad 30 Min. westl. Länge. Von Sir John Franklin war noch keine Spur gefunden. Dieser ist jetzt 3½ Jahre abwesend, ohne daß man authentische Nachricht von ihm erhalten hat. Schon im März 1847 wurde Sir J. Richardson von Canada zu Land und im vorigen Februar zwei Schiffe nach der Beringstraße zu seiner Aufsuchung abgeschickt. Da Sir J. Franklin für vier Jahre Lebensmittel hat gnd Schiffe, die besonders für die Fahrt im Eismeere gebaut sind, so zweifelt man nicht an seiner Erhaltung.

Handelsbericht.

Breslau, den 25. Novbr. Die flaue Stimmung in unsern Geschäften wird mit jedem Tage größer, weil eines Theils die auswärtigen ungünstigen Berichte und andern Theils die politischen Ereignisse lähmend auf unsern Markt wirken, leider aber auch gar nicht vorauszusehen ist, wenn sich die Sachen besser gestalten könnten; besonders nachtheilig bleibt es für unsern Getreidemarkt, der nun jetzt ganz vernachläßigt, und alle Spekulations-Lust geschwunden ist.

Es wurde heute bezahlt weißer Weizen 43 bis 55 Sgr. gelber 41—54 Sgr. Roggen 26—32 Sgr. Gerste 20—24 Sgr. und Hafer 14—16 Sgr. 500 Schffl. gelber Weizen 91—92 Pfd. wurden in diesen Tagen ab Maltsch à 55 Sgr. begeben.

Die Nachfrage für Rapps hatte sich auch diese Woche bedeutend vermindert, daher nur für gute Sorten 85—86 Sg. bezahlt wurde, 100—120 Wispel von Oberschlesien abgeladen, sind à 71—72 Sgr. begeben worden.

Wir haben für Kleesaat fast gar keine Frage, und nur schwer entschließen sich Käufer das zu kaufen, was ihnen angeboten wird, besonders unbeachtet bleiben die geringen Sorten, es wird demnach bezahlt weiße Saat 4—7½ Rtl. und rothe 6½ bis 9 Rtl.

Eine besondere Flaue bemerken wir in dem Spiritus-Geschäfte, die Zufuhren davon sind nicht bedeutend, und doch freichen dieselben hin, um den geringen Bedarf unserer Con-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 278 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 26. November 1848.

(Fortsetzung.)

umenten zu decken, wir sind daher in den Preisen bis auf 6½ Rtl zurückgegangen, glauben aber, daß ein ferneres Weichen unausbleiblich ist, besonders wenn sich nicht bald eine neue Abzugsquelle darbieten sollte.

Der Begehr für Rüböl ist in dieser Woche ziemlich gut gewesen, daher dasselbe eine Steigerung zur Folge hatte, es wurde in diesen Tagen mehreres à 12¼—12½ auch 12⅔ Rtl. bezahlt, und heute wird bei sehr geringem Vorrathe auf 13 Rtl. gehalten. Raffinirtes ist mit 13½ verkauft worden, heute aber dazu nicht mehr anzukommen. Rappkuchen ohne Umsatz und à 25 Sgr. willig erlassen.

Von Zink sind 2000 Ctr. loco à 3 Rtl. 23½ Sgr. und 2000 Ctr. ab Gleiwitz à 3 7/12 begeben worden. Heute ist darin nichts gehandelt worden, weil die auswärtigen Berichte wieder etwas stiller lauten.

Inserate.

Seit gestern Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera sieben Personen erkrankt, drei gestorben und eine genesen.

Breslau, den 25. November 1848.

Das königliche Polizei-Präsidium.

Nachstehender auf Erfordern der königlichen Regierung von uns sofort zu erstatten gewesener Bericht über die Vorgänge am 20. November c. wird mit Vorbehalt etwaiger Ergänzungen, welche die noch schwebende Untersuchung nöthig machen möchten, vorläufig hierdurch bekannt gemacht.

Breslau, den 25. November 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

An die königl. Regierung hier,

Breslau, am 24. Nov. 1848.

In Folge der Verfügung vom 21. 22. Nov. c. a. Abtheil. I. XXI. Nr. 4109 berichten Einer königlichen Regierung über den am 20. d. M. stattgehabten Vorfall wir hiermit gehorsamst Folgendes:

In der Nacht vom 13. zum 14. d. M. zeigte der stellvertretende Oberst der Bürgerwehr Dr. Engelmann an, daß bei dem Frachtfuhren-Entrepreneur Schay, 2040 Gewehre lagerten. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und um zu verhindern, daß dieselben durch gewaltsame Besitznahme in unrechte Hände kämen, wurden diese Gewehre demnach in Beschlag genommen und auf das Rathhaus unter Verschluß gebracht. Da nun im Laufe der Woche namentlich durch den in Masse vor dem Rathhause versammelten Landwehrverein wiederholt das Verlangen, diese Gewehre zur Volksbewaffnung zu verwenden, von uns zurückgewiesen werden mußte, so beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 20. d. M.,

„daß die Gewehre noch an demselben Tage vom Rathhause weg und mittelst der Eisenbahn bestimmungsmäßig nach Ratibor gebracht werden sollten.“

Dieser Beschluß ging uns erst Mittags gegen 1 Uhr zu, und da wir bei dem beträchtlichen Werthe der Gewehre von mehr als 20,000 Thlr. die Verantwortlichkeit für eine bei deren längerer Aufbewahrung auf dem Rathhause nicht unmögliche gewaltsame Abholung derselben durch aufgeregte Volksmassen nicht übernehmen konnten, so ließen wir sofort auf dem oberschlesischen Bahnhofe wegen deren Verladung anfragen, requirirten das Wehramt schriftlich wegen Bedeckung des Transports durch Bürgerwehrmannschaften, und ließen vorläufig die Wagen zur Fortschaffung der Gewehre besorgen. Der Oberst Engelmann, obwohl ein Bote bei Beginn unserer Sitzung nach ihm gesandt worden war, um ihn zur Berathung einzuladen, erschien nicht. Seine Stabsadjutanten Gocht und Wollheim aber, welche sich auf jene unsere Requisition einfanden, erklärten auf Befragen wegen der Beschaffung der Transportbedeckung, daß ein Bataillon Bürgerwehr bereits anderweit zum Schutz des Rathhauses konsignirt sei, machten jedoch ihre Bedenken gegen den Transport der Waffen am Tage wegen möglicher großer Aufregung geltend, und riethen, denselben lieber in früher Morgenstunde zu bewirken. Sie wurden beauftragt, den Oberst Engelmann zu suchen, fanden ihn aber nicht. Da Seitens der Stadtverordneten, welche an diesem Tage in unserem Sessionszimmer ihre permanente Sitzung hielten, sehr auf möglichste Beschleunigung der Gewehrfortschaffung gedrungen, auch behauptet wurde, daß die Waageleute allein schon genügenden Schutz gewähren würden, überdem Oberst Engelmann jeden Augenblick erwartet wurde und ein Bataillon Bürgerwehr konsignirt war, so gestatteten wir das Vorfahren der Wagen am Fischmarkte, und beauftragten den Stadtbaurath Henning, die Verladung zu beaufsichtigen. Nunmehr erschien gegen 4 Uhr Oberst Engelmann auf dem Rathhause. Er behauptete, eine Einladung zu unserer Sitzung nicht erhalten zu haben, dringender Geschäfte wegen aber eher zu erscheinen verhindert gewesen zu sein, und beschwerte sich, daß ohne seine Zuziehung der Beschluß wegen Fortschaffung der Gewehre gefaßt worden sei und er die Requisition wegen Stellung von Schutzmannschaften erst so eben empfangen habe. Er erklärte ferner, diese Sache sei zu wichtig, als daß er sie allein auf seine Schultern nehmen könne, und müsse er sich erst mit den Führern der Bürgerwehr besprechen, ehe er in die Wegschaffung der Gewehre, für deren Sicherheit im Rathhause er sich mit reversirt habe, willigen und Bürgerwehrmannschaften zur Deckung des Transports stellen könne. Obwohl der Bürgermeister ihm vorstellte, daß die Stadtverordnetenversammlung mit Rücksicht auf den beträchtlichen Werth der Gewehre, wofür die Stadtgemeinde aufkommen müsse, die Fortschaffung derselben für dringend nöthig erachte, brachte dies doch keine Aenderung seines Entschlusses hervor. In der Zwischenzeit hatten die Waagemänner mit dem Aufladen der Gewehrkisten begonnen und deren bereits 34 verladen, als ein großer Auflauf auf dem Fischmarkte entstand, die Pferde an dem Wagen ausgespannt und die Fortbringung der Gewehre verhindert wurde. Während dies vorging, waren viele Stadtverordnete zur permanenten Sitzung anwesend, welche den Oberst Engelmann stürmisch befragten, ob er Schutz zur Sicherung und Fortschaffung der Gewehre Seitens der Bürgerwehr gewähren wolle, und ihn bei seiner Weigerung, augenblicklich diesem Verlangen zu genügen, unter heftigen Gebärden mit Vorwürfen überhäuften und vom Bürgermeister die sofortige Herbeirufung des Militärs zur Eskorte des Transports begehrten. Mittlerweile und da es zur Ausführung des Transports jedenfalls zu spät geworden, waren die Gewehrkisten, deren eine vom Wagen geworfen und aufgesprungen war, auf unsere Anordnung zur Sicherung der Gewehre wieder in's Rathhaus gebracht und auch einige aus der aufgesprungnen Kiste weggenommene Gewehre wieder herbeigeschafft worden, und wurde so die öffentliche Ruhe hergestellt. Dadurch, daß ein Adjutant des Obersten Engelmann in unser Konferenzzimmer nicht hatte gelangen können, war das Gerücht verbreitet worden, Oberst Engelmann sei von uns gefangen gehalten; es erschien daher ein Offizier vom Angerbataillon, um sich hierüber zu vergewissern, und wurde vom Bürgermeister bedeutet, daß dies, wie er sich überzeugen könne, nicht der Fall sei. Hierauf entfernte sich Oberst Engelmann. Nach Verlauf mehrerer Stunden, gegen 9 Uhr, erschienen die Führer der Bürgerwehr, unter Vortritt des Major Meier, welcher erklärte, sie seien gekommen, um für die dem Obersten Engelmann, und in dessen Person der gesammten Bürgewehr angethanen Schmach Genugthuung zu fordern, und die sofortige Errichtung eines Sicherheitsausschusses unabhängig vom Magistrat und Stadtverordneten zu verlangen. Als der Bürgermeister entgegnete, daß die städtischen Behörden lediglich in Erwägung der beträchtlichen Werthsumme der Gewehre, welche die Stadtgemeinde nöthigenfalls vertreten müßte, deren Fortschaffung vom Rathhause und Rückgabe an den Spediteur für unerläßlich erachtet hätten, auch der Oberst zu der Sitzung, worin dieser Beschluß gefaßt worden, eingeladen worden sei, überdem seine Adjutanten beauftragt gewesen wären, ihn zu suchen, wurde die Richtigkeit dieser Erklärung theilweise in Zweifel gezogen. Man beschuldigte die städtischen Behörden des Verraths an der Bürgerschaft unter vielen Zeichen des Mißfallens und Ausdruck des Mißtrauens und verlangte endlich, daß der Stadtverordnetenvorsteher Professor Regenbrecht, welcher besonders die Herbeiholung des Militärs verlangt, und Kaufmann Grund, welcher in der Stadtverordnetenversammlung sich ungebührlich über die Bürgerwehr geäußert habe, aus ihren Stellen ausscheiden und dem Obersten eine öffentliche Ehrenerklärung geben sollen. Beide genügten dem ersten Begehr, nachdem sie erklärt hatten, daß sie der Gewalt weichen wollten. Der Oberst Engelmann ermahnte die erhitzten Gemüther zur Ruhe und Besonnenheit, und schienen die Bürgerwehrführer durch die Abdankung der vorbenannten beiden Stadtverordneten so weit beruhigt, daß der öffentlichen Ehrenerklärung nicht weiter gedacht wurde. Nachdem hiernächst noch einer der Bürgerwehrführer wiederholt im Namen sämmtlicher Führer und der gesammten Bürgerwehrmannschaft beantragt hatte:

„daß sofort noch in derselben Nacht ein Sicherheitsausschuß, aus Mitgliedern des Magistrats und Bevollmächtigten der Stadtverordnetenversammlung, so wie Vertrauensmännern aus der Einwohnerschaft bestehend, errichtet würde, welcher während des Konflikts mit der Krone Namens der hiesigen Stadtgemeinde über die für diese Zeit zu treffenden Maßregeln selbstständig und unabhängig vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu berathen und zu beschließen befugt sei,“

erklärte der Bürgermeister entschieden, daß er diesen Antrag für durchaus ungesetzlich und namentlich mit der durch die Städteordnung begründeten Verfassung unvereinbar erachte, und ehe er sich zu dessen Ausführung verstehe, lieber sein Amt niederlegen wolle; überdem sei die Berathung über diesen Antrag heut nicht mehr thunlich, dagegen solle dieselbe am nächsten Morgen erfolgen. Hierdurch beruhigt entfernten sich der Bürgerwehroberst und die Führer. Während dieses Vorgangs, der wohl eine Stunde gedauert haben mochte, waren alle Ausgänge des Rathhauses von Bürgerwehrmännern besetzt, welche dem Stadtrath Froböß, Kaufmann Credner u. A. den Ausgang aus dem Konferenzzimmer mit den Waffen vertreten haben, dem Bürgermehrmajor Reimann, welcher die Genannten herausbegleitet, um ihnen den Durchgang zu erwirken, den Gehorsam versagten und erklärten, daß sie angewiesen seien, (keinem Civilisten) den Ausgang zu gestatten, und daß sie nur dem Offizier, der sie hierher gesandt, Folge leisten würden. Diese Absperrung wurde jedoch bald durch Oberst Engelmann beseitigt, und ist darüber: von wem und zu welchem Zwecke dieselbe angeordnet worden, die Untersuchung eingeleitet.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Die hiesige städtische Bank

wird mit dem morgenden Tage die ersten Bank-Noten in den Apoints zu 1 Rthlr. emittiren. Diese Noten sind 2¾ Zoll hoch, 3⅜ Zoll breit und auf ein bläulich-weißes Papier gedruckt.

I. Schauseite.

Auf dieser umschließt den Schriftdruck eine, in blauschwarzer Farbe gedruckte und von einem freigebliebenen Rändchen des Papiers umgebene Laubverzierung, an deren oberen Theile ein flatterndes Band die Bezeichnung „NOTE DER STAEDTISCHEN BANK zu BRESLAU“ in lateinischen Initialen trägt. Mitten darunter ist das Wappen der Stadt Breslau, rechts und links davon die Werthbezeichnung 1 Thlr. in Lapidar. latein. Schrift auf 2 oblongen Schilden, und über diesen die Worte „Gesetz vom 10. Juni 1848“ in kleiner Kanzlei-Schrift, darunter aber die Worte „nach dem Münzfuß von 1764“ in Diamantschrift zu erblicken. Dann folgt in schmaler, großer gothischer Schrift die Werthbezeichnung „Ein Thaler Courant“ mit dem dreizeiligen Zusatz „zahlt die städtische Bank-Kasse in Breslau ohne Legitimations-Prüfung dem Einlieferer dieser Bank-Note, welche auch von allen städtischen Kassen und städtischen Erhebern des Ortes, statt baaren Geldes in Zahlung angenommen wird. Breslau, den 10. Juny 1848“ in kleiner fetter Frakturschrift. Es schließt sich hieran die Unterschrift „Die städtische Bank-Deputation“ in gothischer Schrift und die Namen von fünf Mitgliedern derselben „Frieboes, Anders, Franck, A. Liebich, M. Schreiber“ als Facsimile. In einem leergelassenen Raume der unteren Randverzierung befindet sich in kleinster deutscher Schrift in zwei Zeilen die Strafandrohung: „Wer eine städtische Bank-Note verfälscht oder nachmacht oder dergleichen verfälschte oder nachgemachte wissentlich verbreiten hilft, wird gleich demjenigen bestraft, welcher falsches Geld unter landesherrlichem Gepräge gemünzt oder verbreitet hat. — Der ganze Schriftdruck steht auf einem gemoorten Untergrunde, in dessen unterer Hälfte ein großes lateinisches B als künstliches Wasserzeichen hervortritt.

II. Rückseite.

Die Rückseite zeigt auf einem blau gedruckten zellenartigem Untergrunde wiederum die Worte „Note der städtischen Bank“ in einer Bogenlinie aus Lapidar lateinischen Initialen, darunter das Wort „zu“ aus gewöhnlicher lateinischer Schrift, und Breslau aus kleinern latein. Lapidar-Initialen. Dann folgt abermals die Werthbezeichnung, und zwar das Wort „Ein“ aus großen Buchstaben derselben Schriftgattung in einer Einfassung, desgleichen darunter „Thaler Courant“ etwas kleiner eben so und rechts und links mit einer kugelartigen Verzierung, inmitten welcher in einer 1 auf der linken Seite die Worte „Ein Thaler“ auf der rechten das Wort „Courant“ in ganz kleinen lateinischen Initialen zu entdecken ist. Darunter befindet sich die geschriebene Nummer der Note und zwei Namen der mit der Zeichnung beauftragten Beamten.

Breslau, den 26. Novbr. 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Erklärung.

Die in Nr. 275 der Breslauer Ztg. an mich erlassene Aufforderung, hat mich auf das Referat im Extrablatte der Allg. Oder-Zeitung vom 12. November aufmerksam gemacht, welches in Betreff meiner Ansprache an die versammelten Führer der Bürgerwehr ungenau ist. Auf die Frage des stellvertretenden Obersten: ob sie in dem gegenwärtigen Konflikt zwischen Regierung und National-Versammlung zu letzterer halten wollten? hatten alle Führer, mit Ausnahme Eines, bejahend geantwortet. Dies veranlaßte mich, sie aufzufordern, diese Erklärung nochmals wohl zu erwägen. Ich sagte im Wesentlichen Folgendes: „Es handelt sich zwischen Regierung und National-Versammlung nicht um einen Rechtsstreit, da erstere mit einem Machtspruch begonnen, und diesen Machtspruch durch militärische Rüstungen vorbereitet und sofort durch Gewaltmaßregeln ausgeführt hat. Es kann also dazu kommen, daß wir durch den Beitritt zu der Erklärung der städtischen Behörden, die Pflicht übernehmen, die National-Versammlung selbst mit den Waffen in der Hand zu schützen. Darum muß jeder Einzelne mit sich zu Rathe gehen, ob er dies mit seinen persönlichen Verhältnissen und besonderen Pflichten vereinigen könne. Meinerseits habe ich wohl überlegt, ob sich ein solches Versprechen mit meinem Amtseide verträgt, durch welchen ich dem Könige Treue und Gehorsam gelobt habe. Ein ehrlicher Mann muß sein Amt niederlegen, wenn er das Versprechen, unter welchem es ihm übertragen ist, nicht mehr erfüllen kann. Aber ich befinde mich nicht in dieser Lage. Die feierlichen Erklärungen und Versprechungen des Königs in Folge der März-Revolution berechtigen und verpflichten mich durch meinen Amtseid zu gleichem Gehorsam, zu gleicher Treue gegen die, von mir mitgewählte National-Versammlung. Entsteht zwischen Beiden ein Konflikt, so habe ich, wie jeder andere Bürger das Recht und die Pflicht, nach meiner gewissenhaften Ueberzeugung Partei zu nehmen. Beide Staatsgewalten erkennen dies selbst an, denn Beide haben jetzt an das Volk appellirt, Beide haben durch ein gehörig publizirtes Gesetz die Bürgerwehr, der ich angehöre, zum Schutz der verfassungsmäßigen Freiheit verpflichtet. Anlangend meine persönlichen Verhältnisse, so habe ich meine Frau und sieben unerzogene Kinder zu bedenken, denen ich nichts hinterlassen kann und welche auch, wenn ich im Kampfe für die Rechte des Volkes fallen und dieses unterliegen sollte, vom Staate nichts zu hoffen haben. Einverstanden mit meiner Frau, empfehle ich sie und unsere Kinder dem Schutze des Höchsten und der Fürsorge meiner Mitbürger." Dies war und ist meine Erklärung. Würde jeder Beamte und Soldat die Bedeutung seines Diensteides seit der Märzrevolution gewissenhaft prüfen — gewissenhaft nicht blos dem Könige, sondern auch der von ihm mitgewählten National-Versammlung gegenüber — und unerschrocken, wo es gilt — und jetzt gilt es — seine Ueberzeugung kund geben: dann würden die Rathgeber der Krone den Muth verlieren, einen Kampf fortzusetzen, den die Freunde des konstitutionellen Throns am tiefsten beklagen, weil er das Vertrauen zwischen Volk und Krone zu zerstören droht.

Breslau, den 23. November 1848.

R. Bernh. Pflücker,
Stadtgerichts-Rath.

Das Land in Schlesien ist für den König.

In dem Extrablatte der Schlesischen Zeitung vom 20. Novbr. steht, das Land in Schlesien wäre gegen die Krone. — Das ist aber nicht wahr. Das Land ist für die Krone und für den König! — Wir haben der National-Versammlung und der Linken angehangen, weil sie uns Erleichterung von gutsherrlichen Lasten versprach; aber wir sehen jetzt, daß sie uns an der Nase herumgeführt hat. Wir sehen, daß die Herren von der Linken vom Anfange an nichts weiter wollten, als die Republik, und daß wir nur mit schönen Worten gekirrt wurden, um ihnen, ohne daß wir dies wußten, bei der Ausführung behülflich zu sein. Das sind jetzt unsere bäuerlichen Deputirten gewahr geworden, und darum sind sie insgesammt ausgetreten. — Wir wollen keine Republik, sondern wir wollen einen König! und zwar keinen solchen, wie ihn uns der Abgeordnete Kirchmann geben will, der von dem Könige einen Eid darüber verlangt, daß er ferner Nichts zu sagen haben solle. — Wir mögen keinen solchen Kartenkönig, sondern einen, der etwas zu sagen und zu befehlen hat. Einen andern König können wir nicht gebrauchen.

Wo der Hr. Kirchmann die Dreistigkeit nur hergenommen hat, es deutlich auszusprechen: „daß der König abgesetzt werden müsse, und die königl. Familie aufgehört habe, zu regieren?" — Wir haben die Versammlung dazu gewählt, um die Verfassung mit dem Könige zu vereinbaren, nicht um ihn abzusetzen. In dem Augenblicke, wo sich die National-Versammlung gegen den König erklärt, erklärt sich der schlesische Landmann gegen die National-Versammlung, und will ferner nichts von ihr wissen. Wir wollen lieber Einen König, der für uns sorgt, als hundert Könige, die uns das Mark aussaugen und nur an sich denken würden.

Ich habe mich überzeugt, daß der König in seinem vollen Rechte war, als er die National-Versammlung vertagte und nach Brandenburg verlegte; denn man hat die Minister und diejenigen Deputirten, die nicht mit der Linken stimmen wollten, beim Herausgehen geschlagen, gestoßen und mit Hängen bedroht, und dies zu wiederholten Malen. Auf diese Weise kann kein Mensch seine Meinung frei abgeben, und die Versammlung konnte unmöglich in Berlin bleiben; es hätte sonst jeder Mensch glauben müssen, daß ihre Beschlüsse durch Gewalt und durch angewendete Drohungen erzwungen wären.

Ueberdem, was sollte daraus werden, wenn der König nicht das Recht hätte, die National-Versammlung aufzulösen? — Dann blieben die Abgeordneten bis an ihr seliges Ende sitzen, zögen täglich ihre 3 Rthl. und ließen im Lande vorgehen, was da wollte, weil sie von allem angerichteten Unfuge nie etwas erleiden, sondern ihre 3 Rthl. lebenslänglich genießen würden.

Die Steuer-Verweigerung muß ich aber geradezu eine Tollheit nennen. Denn das sieht doch der Dümmste ein, daß der König ohne Geld und ohne Steuern das Land nicht regieren kann. Dann müssen das ganze Militär, alle Gerichte, alle Regierungen, alle Beamte, weil sie nicht bezahlt werden, abgehen; Gesetz und Ordnung hört auf, und es kann Niemand vor die Thüre gehen, ohne todtgeschlagen zu werden, und Jeder behält seinen Rock nur so lange auf dem Leibe, bis ein Stärkerer kommt und ihn ihm auszieht.

Hier sieht man also ganz klar, daß es der übrig gebliebenen Linken der National-Versammlung nicht um unser Wohl zu thun gewesen ist. Denn weil der König nicht auf der Stelle das thun wollte, was jene Mitglieder verlangten: darum soll das ganze Land zu Grunde gehen, darum sollen Alle, die Etwas haben, um das Ihrige kommen, darum sollen Gesetz und Ordnung aufhören. — Das nennen diese Leute Vaterlandsliebe, auf diese Weise wollen sie für unser Bestes sorgen, und dies soll unsere Freiheit und Gleichheit sein! — Unsere Gleichheit wird sein, daß wir Alle Nichts haben, und unsere Freiheit: daß wir Alle betteln gehen können. So weit könnte es kommen, und so weit wäre es gekommen, wenn der König nicht ein Einsehen gehabt und die Versammlung nach Brandenburg verlegt hätte.

Darum, lieben Landsleute! lasset Euch nicht durch falsche Propheten verblenden, und haltet fest mit dem Könige! Jene Leute wollen nur ihren eigenen Vortheil, sie wollen Euch nur als ihre Fußschemmel gebrauchen, um auf Eurem Rücken zu Aemtern und Würden emporzusteigen.

Laßt Euch auch den Eigennutz nicht verführen, die Steuern zu verweigern; denn Ihr werdet sie später nachzahlen müssen, und dies wird Allen schwer und Vielen ganz unmöglich fallen.

Darum haltet fest an dem König, und dieser wird dafür auch an uns halten, für unser Wohl gemeinschaftlich mit der National-Versammlung sorgen und gewißlich seine Versprechung erfüllen.

Ein schlesischer Landmann.

Aus der Rheinprovinz.

Die Stimmung über den von der Krone eingeschlagenen Weg, **dem Lande endlich zu den verheißenen konstitutionellen Freiheiten zu verhelfen**, ist überall, so auch in den westlichen Provinzen des preußischen Staates, getheilt, scheint sich jedoch in ihrer wirklichen Majorität für die Krone auszusprechen.

Von Elberfeld und Barmen ist die nachstehende mit mehr als 6000 Unterschriften versehen Adresse an das Ministerium abgegangen:

„Hohes Staatsministerium!

Die Ereignisse der verflossenen Monate haben es unwiderleglich bewiesen, daß die Berathungen der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in Berlin durch gesetzlose Gewalt in ihrer Freiheit beinträchtigt waren und in der Bürgerwehr dieser Stadt nicht den hinreichenden Schutz fanden. Die Krone hat das durchgreifende Mittel, der Versammlung diese Freiheit zu verschaffen, erfassend, ihren Sitz nach Brandenburg verlegt und für die Dauer der hierzu erforderlichen Vorbereitungen ihre Sitzungen vertagt. Die Unterzeichneten halten diese Maßregel für vollkommen gerechtfertigt. Das verfassungsmäßig erlassene Gesetz vom 8. April d. J. hat, indem es weder die Zeit noch den Ort der Berathungen dieser Versammlung festsetzte und alle zu seiner Ausführung erforderlichen Verfügungen dem Staatsministerium überließ, die Bestimmung über Zeit und Ort dieser Berathungen der Krone vorbehalten, und dieselbe hat daher auch das Recht, die einmal getroffene Bestimmung abzuändern, sobald ihr sich die auf zahllose Stimmen aus dem Volke gestützte Ueberzeugung aufdrängte, daß eine solche Abänderung nothwendig sei, um den Fortgang und Erfolg der Berathungen dieser Versammlung zu sichern. Die Krone hat aber dazu nicht allein das Recht, sie ist auch dem Volke gegenüber dazu verpflichtet, indem das Gesetz ihr dieses Recht nur dazu vorbehalten hat, um dasselbe da, wo es das Wohl des Landes fordert, zu gebrauchen. Indem die Unterzeichneten daher in dieser Maßregel keinen Versuch irgend einer Reaktion, sondern nur das pflichtgetreue Bestreben der Krone, die durch Anarchie bedrohte Freiheit der Berathungen über eine dem wahren Gesammtwille des Volkes entsprechende Verfassung zu sichern, erblicken können, erklären sich dieselben in diesem Sinne mit der von der Krone ausgegangenen Maßregel vollkommen einverstanden.

Den 13. November 1848.

In Barmen hat der Gemeinderath einstimmig die Erklärung abgegeben, „daß er die Krone zu der von ihr ergriffenen Maßregel der Verlegung der National-Versammlung und der damit nothwendig verbundenen kurzen Vertagung völlig berechtigt erachte, und daß er die fragliche Maßregel auch durch die Umstände gerechtfertigt halte."

In Elberfeld fand in einer Sitzung des Gemeinderaths eine ähnliche Erklärung die überwiegende Majorität von 22 gegen 7 Stimmen. Die Wahlmänner des Kreises Elberfeld haben in einer Versammlung mit sämmtlichen gegen nur 5 Stimmen sich dahin ausgesprochen:

„das Verfahren derjenigen Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, welche nach Verlesung der allerhöchsten Botschaft, welche die Versammlung aufforderte, nach dieser Verlesung ihre Verhandlungen abzubrechen, und sich bis zum 27. d. Mts. zu vertagen, um am genannten Tage sich in Brandenburg zu versammeln, in Widersetzlichkeit unter dem Namen der National-Versammlung, ihre Berathungen dennoch fortsetzten, entschieden zu mißbilligen."

Ein in diesem Sinne an die Abgeordneten des Kreises Elberfeld erlassenes Schreiben ist von 143 Wahlmämnern, also der weit überwiegenden Mehrzahl derselben, bereits unterzeichnet.

In Köln konnte die Abstimmung des Gemeinderaths über eine Vertrauens-Adresse an die National-Versammlung nur Gleichheit der Stimmen (11 gegen 11) erreichen, worauf dann der Präses die Majorität herbeiführte, indem er seine Stimme doppelt rechnete.

Die Gemeinde-Verordneten der kleinern Städte sprechen sich schon in sehr großer Zahl entschieden für die Verlegung und Vertagung der National-Versammlung aus; auch ist es gewiß, daß fast aus sämmtlichen größern und kleinern Städten der Rheinprovinz und Westfalen Adressen von Urwählern mit entschiedener Tendenz für die Krone abgegangen sind oder noch abgehen werden.

Der konstitutionelle Bürger-Verein in Bonn, die geachtetsten Rechtslehrer der Universität an der Spitze, hat in einem Flugbatt eine Ansprache „an unsre Mitbürger von Stadt und Land" verbreitet, worin er das Recht der Krone zu dem gethanen Schritte darlegt.

Der jetzt noch tagende Theil der National-Versammlung kann und wird nur einseitige Adressen in seinem Sinne empfangen und veröffentlichen, da die entgegenstehenden Adressen an ihn, als gegenwärtig ungesetzlich, **nicht** gerichtet werden. Um so mehr wird es den Bewohnern der östlichen Provinzen und von ganz Deutschland zum Zwecke einer gründlichen mehrseitigen Beurtheilung der Stimmung des Landes erwünscht sein, die gegenwärtigen Mittheilungen aus diesem Theile der Monarchie zu vernehmen. Wir bitten deshalb die Redaktionen sämmtlicher politischen Blätter von ganz Deutschland um Aufnahme dieses Artikels.

Die Stimmen des Landes werden ihren gewichtigen Einfluß auf die Entscheidung des unseligen Konflikts nicht verfehlen; aber sie allein sind heute nicht mehr im Stande, ihn zu beseitigen. Deshalb richten wir unsere Blicke nach Frankfurt und wir begrüßen die dort am 14. d. Mts. gefaßten Beschlüsse als den Hoffnungsstern, der noch unter Gottes allmächtigem Beistande zur Verständigung und zur Versöhnung führen wird.

Barmen, den 17. November 1848.

Die Vorstände des konstitutionellen und des patriotischen Vereins:

Dr. Fasbender. J. Gauhe. Fr. v. Eynern jr. Fr. Osterroth. Dr. Kriege. Carl Spitz. Ferd. Schmitz. F. H. Wirth. Aug. Bergmann.

Erklärung.

Der Namslauer Verein zum Schutz des Eigenthums und zur Förderung der Wohlfahrt aller Klassen hat bereits unter dem 18. d. M. Sr. königl. Majestät im Namen sämmtlicher Vereins-Mitglieder des Namslauer, Kreuzburger und Rosenberger Kreises ein Schreiben überreicht, worin derselbe seine Zufriedenheit mit der Vertagung und Verlegung der National-Versammlung, so wie seine Uebereinstimmung mit den desfallsigen von der Krone und dem Ministerio ergriffenen Maßregeln zu erkennen gegeben, — zugleich aber die Ansicht ausgesprochen hat

daß alle seitdem von dem Ueberrest der National-Versammlung ergangenen Erlasse ungesetzlich sind, die in Vorschlag gebrachte Steuerverweigerung aber als zur Auflösung aller bestehenden Verhältnisse mithin zur Anarchie führend, geradezu verwerflich sei, und von keiner Staatsform, am allerwenigsten von einer konstitutionell monarchischen gut geheißen werden könne.

Der Vorstand: Gr. v. Reichenbach.

Landeck, 22. November. Folgende Erklärung, unterschrieben von der Mehrzahl der Beamten und Bürger und von der Geistlichkeit hierselbst, so wie von einer Anzahl Bauergutsbesitzer und Angesessener der Dörfer Winkeldorf, Nieder- und Oberthalheim, ist an das hohe Staats-Ministerium gesendet worden:

Ein hohes Staatsministerium bitten die Unterzeichneten, den in diesen Zeilen niedergelegten Ausdruck ihrer Gesinnung Sr. Majestät, unserm allergnädigsten Könige und Herrn kund zu geben.

Wir haben aus der Proklamation vom 11. d. M. die Stimme unseres Königs freudig vernommen, wir vertrauen dem Worte Seiner Majestät, und können es nur beklagen, daß ein Theil der Abgeordneten des Landes zu Berlin die Aufgabe der Nationalversammlung so ganz verkennen und deren Befugnisse so weit überschreiten konnte, wie es seit dem 9. d. M. geschehen ist. Während von vielen Seiten Vereine und Einzelne ihre Gesinnungen öffentlich laut werden lassen, drängt es auch uns, auszusprechen, wohin unser Vertrauen sich wendet.

Gott erhalte und segne den König und segne unser Vaterland.

(140 Unterschriften.)

Die Zeit ist da, wo Jeder sich und Andern klar werden, auch aussprechen muß, was er dem preußischen Vaterlande werth ist.

Se. Maj. der König hat in den Märztagen eine konstitutionell-monarchische Verfassung auf den breitesten Grundlagen versprochen, und ich bin überzeugt, er wird dieses Wort halten, auch dann nicht verkürzen, wenn, wie geschehen, die zur Berathung der Verfassung zusammengetretene National-Versammlung den Zweck ihrer Berufung gänzlich verfehlt, ein Theil derselben sogar eine Stütze der Anarchie geworden.

An uns ist es, durch offene Darlegung unserer Gesinnungen Se. Maj. den König und das Staatsministerium zu stärken, damit sie festhalten auf dem betretenen Wege, wornach sie die National-Versammlung in Berlin in diejenigen Schranken zurückweisen wollen, wohin sie zum Heil des Vaterlandes berufen ist.

Die von einem Theil der National-Versammlung ausgesprochene Steuer-Verweigerung ist ein Verrath an dem Vaterlande und bezweckt den Umsturz desselben.

Ich erkläre daher, daß wenn die Behörde nicht Kraft genug hat, die eingehenden Steuern für ihren Zweck zu schützen und zu verwenden, ich meinen Theil an direkten und indirekten Steuern meinem Könige und Herrn und dem Staatsministerio selbst zu Füßen legen werde.

Prieborn, den 23. November 1848.

v. Schönermark.

In Gemäßheit der in der Breslauer Zeitung mit der Ueberschrift „Hört" bezeichneten Aufforderung erklären die in Lüben ansäßigen Vaterlands-Freunde, daß sie jede Betheiligung an der Abfassung und Vollziehung einer Beistimmungs-Adresse an den Berliner Unruh-Klubb zurückgewiesen haben.

Schlesische Mitbürger!

Können wir es länger dulden, können wir es auch nur verschmerzen, daß unser Vaterland in öffentlichen Blättern zu den treubrüchigen Provinzen der preußischen Monarchie gezählt, ja in dieser verabscheuungswerthen Zahl oben an gestellt wird? Hat diese Provinz, die unser geliebter König selbst einst die Perle in seiner Krone nannte, so ganz ihren Werth verloren, daß pflichtvergessene Aufwiegler sie der Anarchie zur leichten Beute ausbieten dürfen?

Duldet es nicht, Ihr Alle, denen noch ein treues Herz im Busen schlägt und denen Pflicht und Gewissen noch nicht ein leerer Name, sondern noch ein Heiligthum sind. Vereinigen wir uns Alle zu einer dringenden Bitte an sämmtliche Vormänner unserer Provinz, daß sie in ihren Kreisen Alle zu der freiwilligen aufrichtigen Erklärung einladen, daß sie ihrem König und seinen Anordnungen treu bleiben, und eingedenk ihres einst von ganzem Herzen so gern geschworenen Huldigungseides ihn nie verlassen wollen. Dies ist wo nicht das einzige, doch gewiß das sicherste Mittel zu bewirken, daß die wahren Gesinnungen sämmtlicher Bewohner der Provinz unverschleiert zu der Kenntniß unseres geliebten Königs gelangen, so wie zu verhüten, daß die böswilligen Gesinnungsäußerungen Einzelner nicht für die wirklichen Gesinnungen Aller, d. h. für die Volksstimme ausgegeben werden können.

Bei der so hohen Wichtigkeit des Gegenstandes, wo es auf Ehrenreteung des Vaterlandes ankömmt, ist unbedenklich zu hoffen, daß sämmtliche angesprochenen Ehrenmänner diesen Antrag zu ihrer eigenen Angelegenheit machen und das in dieser Beziehung Erforderliche unverweilt veranlassen, so wie das diesfällige Ergebniß eben so unverweilt veröffentlichen werden.

N. Arnsdorf bei Schweidnitz im Nov. 1848.

Der Landrath a. D.
v. Woikowski-Biedau,
ein fast achtzigjähriger Greis.

Verein zur Aufrechthaltung gesetzlicher Ordnung.

Die Mitgliedskarten des Vereins werden von Montag den 27sten d. M., Nachmittags von 2—4 Uhr, so wie die folgenden Tage, im öffentlichen Lokal der Börse bei dem Beamten Herrn Schulz gegen Erlegung von 2½ Sgr. und eigenhändige Einzeichnung des Namens, Standes und der Wohnung ausgegeben.

Alle Einwohner der Stadt, welche mit uns ohne Rücksicht auf politische Meinungsverschiedenheit für

Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und Unterstützung der bestehenden Behörden, insbesondere der Stadt Breslau,

gegen anarchische Bestrebungen zu wirken bereit sind, werden aufgefordert, sich dem Vereine anzuschließen.

Das Comitee des Vereins für Aufrechthaltung gesetzlicher Ordnung.

Anfrage. Im gemeinen Leben werden die Meineidigen an den Pranger gestellt und dann ins Zuchthaus geschickt. Alle Beamten haben dem Könige einen Eid geleistet, ihm treu zu sein und weder durch Furcht, noch durch Gewinn sich von der eidlich gelobten Treue abwendig machen zu lassen. Nun haben sich aber bekanntlich im Laufe dieses Jahres eine Anzahl Beamte mit Hintenansetzung ihres geleisteten Eides dem Könige als demokratische Republikaner gegenüber gestellt. Es entsteht daher die Frage: Können solche Beamte straflos und wohl gar noch im Amte bleiben? Und dürfen ehrliche Civilisten solche Beamte über sich dulden?

***

Steuerverweigerungs-Sache

ist das geistreiche Inserat „mehrerer Katholiken aus Ober-Schlesien" überschrieben (Nr. 277 d. Z.). In die Kategorie der „Verweigerer" fallen aber Geistliche nicht, denen keine Steuer abgefordert wird, weil der Fiskus ihren Gehalt zahlt. Ob ferner die „gesammte" Geistlichkeit keine Steuer oder ob sie viel höhere entrichtet, als anderer Grundbesitz, ob sie nicht sogar den Neujahrsumgang, die Offertorien u. dergl. versteuert, darüber werden die „mehreren Katholiken" Auskunft erhalten, wenn sie, statt um fremde Obliegenheit, sich um die Prämissen einer „logischen" Schlußfolgerung bekümmern.

Abschiedsgruß.

Dem edlen Grafen v. Brandenburg,
dem hochherzigen ritterlichen Herrn, dem wahren Menschenfreund: ihm sagen, durch seinen hohen Beruf unserer Mitte entrückt, hiermit ein herzliches Lebewohl, und ihm weihen, von Segenswünschen begleitet, ein dankbares Andenken:

Viele Bewohner Breslau's.

Fernere Beiträge für die hülfsbedürftigen Familien der Wehrmänner VI. A. C.

Major v. Studnitz 2 Frdr. Hr. Schildner 10 Rtl. Lieutenant v. Mettingh 5 Rtl. Assessor B. 1 Rtl. H. v. Willich 5 Rtl. Hr. Knebel 5 Rtl. H. Sarganeck 2 Rtl. Hauptm. v Köckritz 5 Rtl. v. K. 1 Rtl. General From 10 Rtl. Major v. Toll 10 Rtl. Eine Dame für die Landwehr 2 Rtl. Hr. Willert 2 Rtl. H. v. Kirchbach 15 Sgr. Major Friedrich Ravenstein 25 Rtl. Oberstlieut. v Ivernois 5 Rtl. Gouv.-Audit. Breitung 1 Rtl. Gen.-Lieut. v. Lindheim 50 Rtl. Commerzienrath Friedländer 1 Frdr. Oberst-Lieut. v. Heister 15 Rtl. Assessor v. Uechtritz 5 Rtl. Hauptmann v. Gordon 5 Rtl. K. 1 Rtl. Ls. 1 Rtl. P. 1 Rtl. Gen.-Lieut. v Safft 5 Rtl. F. W. Scheurich 1 Frdr. Präsident v Uechtritz 5 Rtl. V a P 22½ Sgr. Major Wichgraf 1 Frdr. Rittmstr. v. Lindeiner 5 Rtl. Aus der Kanzlei des Justiz-Kommiss. Nitschke 1 Rtl. 5 Sgr. Summa 319 Rtl. 22 Sgr. 6 Pf.

Frhr. v Czettritz. Erich. Köpke.

Aufruf
an alle Handwerker, Meister und Gesellen der Provinz Schlesien.

Direktorium und Comité des Central-Vereins zur Reorganisirung des Handwerkerstandes von Schlesien hat beschlossen, auf **Montag den 27. November** den

zweiten Provinzial-Handwerker-Tag

zusammenzuberufen. Die von ihren Kreisen, Städten oder Gewerken bevollmächtigten Deputirten! — Handwerker! — werden ersucht, am 25. und 26. November gegen Aushändigung ihrer Vollmachten die Eintrittskarten, ohne welche der Zutritt nicht gestattet ist, auf unserem Bureau, Hummerei 44, Parterre, in Empfang zu nehmen.

Die wichtigen Mittheilungen und Vorlagen, die zu machen sind und über die berathen und beschlossen werden soll, lassen uns auf eine zahlreiche und des Handwerkerstandes von Schlesien würdige Betheiligung rechnen.

In **Nr. 3 der Handwerker-Zeitung** wird das Programm des Handwerkertages enthalten sein.

Das Direktorium
des Central-Handwerker-Vereins für Schlesien.
A. Rother. Ludewig. Möcke. Löschburg.

Dienstag, den 28. November, Abends 6 Uhr, im König von Ungarn:

Entwickelung des Majestäts-Begriffes.

Uebersicht: Gottes Majestät. — Religion und Politik in ihrem inneren Zusammenhange. — Repräsentation und Manifestation. — Wie Gott begriffen wird, so gewöhnlich auch die Majestät und umgekehrt. — Belege aus der Geschichte. — Konstruktion des Majestätsbegriffes nach Analogie **unseres** Gottesbegriffes. — Ueber Sein, Wesen und Person der Majestät. — Individualität und Persönlichkeit. — **Republikanische, konstitutionelle** und **absolut-monarchische Auffassung.** — Ideelle Persönlichkeit. — „Wir" und „von Gottes Gnaden." — Uebergang zu den Eigenschaften.

Eintrittskarten sind fortwährend bei den Herren **Josef Max und Comp., W. G. Korn, Graß, Barth und Comp.** und im **König von Ungarn** selbst zu haben.

Dr. **Richter.**

Bekanntmachung.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Zum Verkauf mehrerer vom Bau der Bahn übriggebliebener Bauhölzer und Geräthe ist zu **Montag den 4. Dezember d. J., Vormittag 10 Uhr,** auf dem Bahnhofe zu Breslau ein Licitations-Termin angesetzt worden, wozu zahlungsfähige Käufer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Zahlung im Termine erfolgen muß.

Das Verzeichniß der zu veräußernden Gegenstände kann bei dem Abtheilungs-Baumeister Prieß hierselbst in den Geschäftsstunden eingesehen werden.

Breslau, den 20. November 1848.

Der Betriebs-Inspektor **Ludewig.**

Theater-Nachricht.

Sonntag, neu einstudirt: **„Wilhelm Tell."** Schauspiel in 5 Aufzügen von Schiller. — Personen: Geßler, Herr Walburg. Werner v. Attinghausen, Herr Marrder. Ulrich v. Rudenz, Herr Guinand. Werner Stauffacher, Herr Henning. Itel Reding, Herr Puschmann. Walther Fürst, Herr Clausius. Wilhelm Tell, Herr Baumeister, vom großh. Hoftheater in Schwerin, als neu engagirtes Mitglied. Rösselmann, Herr Mehr. Kuoni, Herr Campe. Werni, Herr Mosewius. Ruodi, Herr Stoß. Melchthal, Herr Mende. Baumgarten, Herr Rieger. Struth von Winkelried, Herr Prawit. Jenni, Frau Stoß. Seppi, Frln. Münster. Hedwig, Frau Heinze. Bertha, Frln. Senger. Armgard, Frln. Schmidt. Mechtild, Frau Heyse. Elsbeth, Frln. Schneider. Hildegard, Frln. Teubert. Walther und Wilhelm, Tells Knaben, Ida Hanau und Louise Heinze. Friesshardt, Herr Hillebrand. Leuthold, Herr Kalinke. Rudolph der Harras, Herr Schöbel. Stöße der Flurschütz, Herr Göllner.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter Thekla mit Herrn Eduard Schmidt zeige ich ergebenst an.

Danzig, 17. November 1848.

Gumprecht, Amtsrath.

Thekla Gumprecht,
Eduard Schmidt,
empfehlen sich als Verlobte.

Verbindungs-Anzeige.

Die heute hierselbst vollzogene eheliche Verbindung unserer ältesten Tochter Adelheid mit dem königlichen Wegebaumeister Herrn Deycks zu Breslau beehren wir uns Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst anzuzeigen. Rawicz, den 21. November 1848.

C. W. Qviehl nebst Frau.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
Karl Deycks, königl. Wegebaumeister,
Adelheid Deycks, geb. Qviehl.

Todes-Anzeige.

Den heute Abend 6 Uhr an Lungen-Entzündung erfolgten Tod unseres inniggeliebten Gatten und Vaters, des geheimen Regierungsrathes a. D., Johannes Constantin Neumann, zeigen statt jeder besonderen Meldung allen Freunden und Verwandten tiefbetrübt an die Unterzeichneten.

Breslau, den 24. November 1848.

Marie Neumann, geb. Maiß, als Gattin.
Pauline Gräfin Pückler, geb. Neumann, als Tochter.
Emil Neumann, als Sohn.

Todes-Anzeige.

Am 23. d. Mts. endete ein sanfter Tod die langen Leiden unserer geliebten Tochter, Schwester und Nichte, Bertha Goldmann.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Fort mit Unruh!

Unruh bringt uns keinen Frieden,
Frieden bringt uns kein' Unruh;
Darum bringe man zum Frieden,
Bringe Unruh man zur Ruh! —
***

Im alten Theater.

Heute, Sonntag den 26sten und Montag den 27. November: **letzte Vorstellung** des Professor Eberle mit beweglichen Figuren in Lebensgröße; ausgeführt wird: **Rübezahl im Riesengebirge.** Komisches Zauberspiel in 2 Akten mit Gesang. Musik von Wenzel Müller. Personen: Rübezahl, Skopino, Jokolo, Niederascho, Berggeister. Casperle, Bergmann. Herr von Strohnthal, Gutsbesitzer. Emilie, seine Tochter. Herr von Schnellfuß, ihr versprochener Bräutigam. Rubaldon, ihr Geliebter. Lisette, Emiliens Kammermädchen. Hauptmann Donnerkeil. Korporal Haudegen. Schavaliere, Mardan, französische Köche. Rothbart, Vater der Zigeuner. Wurm, Verwalter bei Herrn von Strohnthal. Zum Schluß: Ballet und Transparent-Feuerwerk. Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Billets zu Logen und Sperrsitzen à 6 Sgr. sind am Tage im alten Theater zu haben. Kassenpreis ist 7½ Sgr.

Schwiegerling.

Sowohl unserm vollständigen
Musikalien-Leih-Institut,
als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen
Lesebibliothek
können täglich neue Theilnehmer unter d. **billigsten Bedingungen** beitreten.
F. E. C. Leuckart in Breslau,
Kupferschmiedestr. 13, Schuhbrück-Ecke.

In allen Buchhandlungen ist zu haben:
neuester Plan von Breslau,
mit einer Karte der Umgegend,
entworfen von **F. Fliegner.**
Groß Oktav. Preis 1⅓ Sgr.

Auswahl vorzüglicher
Jugendschriften
zu
Weihnachtsgeschenken
ganz besonders passend.

(Leipzig, Verlag von Jm. Tr. Wöller.)

Vorräthig in jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, in **Breslau** und **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.**, in **Brieg** bei **Ziegler:**

In zweiter Auflage erschien von
Gustav Nieritz:

Das **vierte Gebot,** oder: **Die ungleichen Brüder.** Erzählung für Eltern und Kinder. Von **Gust. Nieritz.** Zweite Auflage. Mit fein illum. Kupfern. Eleg. geb. 15 Sgr.

Seppel, oder: **Der Synagogenbrand zu München.** Erzählung für Jung und Alt. Von **Gustav Nieritz.** Zweite Auflage. Mit fein illum. Kpfr. Eleg. geb. 12 Sgr.

Gutenberg und seine Erfindung. Erzählung über Sprache, Schrift und Buchdruckerkunst. Für Jung und Alt. Von **Gustav Nieritz** Mit fein illum. Kpf. Eleg. geb. 15 Sgr.

Diese drei Schriften sind ihrer besonderen Vortrefflichkeit halber ins Französische und ins Böhmische übersetzt worden

Die protestantischen Salzburger und deren Vertreibung. Für Familienkreise und die reifere Jugend. Von **Gustav Nieritz.** Wohlfeile Ausg. Eleg. geb. 12½ Sgr. (Ist wiederholt als eine, bei den neueren Bewegungen auf dem Gebiete der Religion, höchst wichtige Schrift empfohlen worden.)

Der Schwede auf Rügen. Erzählung aus dem 30jährigen Kriege. Von **Gustav Nieritz.** (Seitenstück zu Obigem.) Eleg. geb. 10 Sgr.

Die Pilgerreise nach dem heiligen Lande, oder: Gottlieb Brunners und seiner Gefährten Schicksale und Erlebnisse im Orient. Unterhaltende und in Bezug auf biblische Geschichte und Geographie belehrende Erzählung für die Jugend und deren Freunde. Von Dr. **Fr. Schwed.** Mit fein illum. Titelkpfr. und 2 Ansichten von Bethlehem und Jerusalem. Eleg. geb. 15 Sgr. (Ein lebendiges und farbenreiches Reisegemälde, für das Bildungsbedürfniss und Anschauungsvermögen der Jugend ganz vortrefflich bearbeitet.)

Die Familie Toaldi, oder: **Der Tyroler Kampf unter Andreas Hofer.** Erzählung für Jung und Alt von **Eberhard Stein.** Mit Kpf. Eleg. geb. 10 Sgr.

Der kleine Hausirer, oder: **Gott lenkt die Schicksale der Menschen wunderbar.** Erzählung aus dem Leben für Kinder und Kinderfreunde von **C. G. Holzmüller.** Wohlfeile Ausg. Mit fein illum. Kpf. Eleg. geb. 15 Sgr.

Vorstehende Jugend- und Volksschriften sind sämmtlich, als zu den besten und lehrreichsten der neueren Zeit gehörig, von den gewichtigsten Stimmen den Eltern und Lehrern zu ganz besonderer Berücksichtigung empfohlen worden. (Hierüber vergl. man die jeder einzelnen Schrift vorgedruckten Beurtheilungen und Empfehlungen.) Sie haben in der pädagogischen Welt überall hin so viel Beifall gefunden, dass sie wohl selten in einer guten Schul- und Gemeinde-Bibliothek mehr fehlen.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

1. Fräulein Josephine Elsner,
2. Wohllöbl. Gerichts-Amt Cammendorf-Sachwitz,
3. Herrn L. Leubuscher,
4. " Schuhmachermeister Zentschel,
5. " Lustig Krug,
6. " Handlungscommis Gustav Jonas,
7. " Joseph Scholz in Kleinburg,
8. " Kellner Engelmann,
9. " Droschkenbesitzer Pusch,
10. Frau Hundel,
11. Herrn Ignatz P . . . . .
12. " E. Beiersdorff;

ferner:

ein Brief mit 2 Rtlr. K.-A. an Musketier Carl Berndt, 2tes Bataillon 38. Rgt.,
ein Brief mit 4 Rtlr. K.-A. an Musketier Wulfert, 3te Comp. 38 Rgt.,
ein Brief mit 1 Rtlr. an Reservist Chr. Stahn, 4te Comp. 36. Rgt.,
können zurückgefordert werden.

Breslau, den 25. November 1848.
Stadt-Post-Expedition.

Ein gebrauchter Flügel, zum Verkauf, Preis 60 Thlr., Bischofsstraße Nr. 3 bei **Ernst Hennig,** Instrumentenmacher.

Im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig ist erschienen, vorräthig bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau,** in **Brieg** bei **Ziegler:**

Der Leuenmord in Luzern.

Besonderer Abdruck aus dem Werke: **„Der neue Pitaval."**
8. Geh. 20 Sgr.

Für alle diejenigen, denen die vollständige Sammlung des neuen Pitaval, herausgegeben von Hitzig und Wilibald Alexis (13 Bände) nicht leicht zugänglich ist, dürfte obiger Separat-Abdruck, der die Sache Joseph Leu's ausführlich darlegt, von besonderem Interesse sein.

Land- und stadtwirthschaftliche
Düngerfabrikation.

Allen städtischen Hausbesitzern und Verwaltungsbehörden, Landwirthen und landwirthschaftlichen Vereinen und Aktienunternehmern für industrielle Zwecke gewidmet
von **Moritz Beyer.**
8. Geh. Preis 7½ Sgr.

Verlag von Baumgärtner in Leipzig. Vorräthig in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.,** Gosohorsky und G. P. Aderholz, in Liegnitz bei Reisner, in Brieg bei Ziegler, in Glatz bei Hirschberg.

In **Breslau** und **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.,** in **Brieg** bei **Ziegler,** ist vorräthig zu finden:

Die Heer- und Wehrverfassung.

Eine Abhandlung, gewidmet den
hohen Nationalversammlungen zu Frankfurt und Berlin
von A. v. W(illisen.) 8. Geh. 6 Sgr.
Verlag von Duncker und Humblot in Berlin.

Diese Schrift ist aus der Feder eines hochgestellten Militärs geflossen, den eine 35jährige Dienstzeit und sein anerkannter ehrenhafter Charakter jedenfalls zu einem kompetenten Urtheil berechtigt.

Bei E. Raabe in Oppeln ist erschienen und in Kommission bei **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln,** so wie in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Eisen-Erzeugung Nieder-Schlesiens und der Grafschaft Glatz oder statistisch-tabellarische Zusammenstellung aller in den königlichen Regierungs-Bezirken Breslau und Liegnitz belegenen Eisen-Hütten-Werken. Ein Versuch von Ludwig Wachler. Preis 15 Sgr.

Dieses zweite Heftchen ist eine Fortsetzung und bildet nunmehr ein geschlossenes Ganze, zu dem im vergangenen Jahre erschienenen Heftchen: Die Eisen-Erzeugung Ober-Schlesiens (Preis 25 Sgr.) Es ergänzt dasselbe, enthält aber außerdem die tabellarischen Haupt-Uebersichten über die gesammte Provinz Schlesien, ein vollständiges Register und Inhalts-Verzeichniß über beide Hefte und im Vorwort technische Bemerkungen über die materiellen und Betriebs-Verhältnisse dieser Werke. — **Wir** empfehlen dies sehr übersichtlich geordnete Büchlein allen Hütten-Besitzern, so wie Beamten und Hütten-Beflissenen, allen Eisen-Kaufleuten und überhaupt allen Freunden unseres provinziellen Hüttenwesens. Das Heftchen ist sehr sauber ausgestattet und mit 2 Titel-Vignetten versehen.

Im Verlage von E. Raabe in Oppeln ist so eben erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.** in Commission zu haben, so wie in allen Buchhandlungen:

Anleitung zur Wirthschaftsführung auf größeren Landgütern, mit besonderer Berücksichtigung der Lage des ländlichen Arbeiters. — Ein Beitrag zur landwirthschaftlichen Betriebslehre von **H. Settegast,** Administrator der königl. preuß. Domaine Proskau und Lehrer der Landwirthschaft an der dasigen landwirthschaftlichen Lehranstalt. 8. geh. Preis 20 Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Anleitung zur Anlage lebendiger Hecken
oder Grün-Zäune.

Von **Julius von Pannewitz,** königlich preußischem Ober-Forstmeister.
Zweite verbesserte Auflage. 8. geh. 7½ Sgr.

J. F. Zieglers Buchhandlung in Brieg,
Zollstraße Nr. 13,
empfiehlt die mit derselben verbundene,

7000 Bände starke Lesebibliothek

allseitiger Beachtung und Theilnahme. Dieselbe wird fortwährend mit dem **Neuesten** und **Beliebtesten** vermehrt. Separat besteht noch ein

Lesezirkel

belletristischer und **publicistischer Zeitschriften,** so wie **medizinischer Journale;** desgleichen in jedem Winter-Semester

ein Taschenbücher-Lesezirkel.

Katalog und Bedingungen werden bereitwilligst mitgetheilt.



Mit Bezugnahme auf meine früheren Annoncen empfehle ich mich allen Kunstfreunden und Augengläserbedürfenden bestens, und bin ich von morgens 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr zu sprechen.

D. Köhn,
Hof-Optikus,
im Hause der Tabak-Fabrikanten Herrn Brunzlow u. Sohn, Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke Nr. 7, eine Treppe hoch, Eingang im Hofe rechts.

- Damenmäntel in Plaid u. Napolitaine.
- Damenmäntel in Cachemir und Lama.
- Damenmäntel in Seide.
- Damen-Bournusse und Kindermäntel in allen Größen.
- Ordinäre Damenmäntel von 4 und 5 Rthlr. ab sind in größter Auswahl und verschiedenen Stoffen fortwährend zu haben in der Damen-Mäntel-Fabrik von

Hamburger und Comp.,
Schweidnitzerstraße 51, Stadt Berlin.

Eine junge **Engländerin,** welche in einem guten Hause in oder außerhalb Breslau eine Stelle als Erzieherin wünscht, ist zu erfragen in der Latzel'schen Pensions-Anstalt, Albrechtsstraße Nr. 11.

Knaben, welche ein hiesiges Gymnasium besuchen, finden Kost, Wohnung und sittliche so wie geistige Ausbildung bei einer ordnungsliebenden Familie für einen billigen Preis, Oderstraße Nr. 14, dritte Etage.

Schlesisches Hotel
neue Roßstraße Nr. 12 in Berlin,
wird den resp. Reisenden hiermit bestens empfohlen. **H. Wächter.**

Zucker-Gußwaaren
in bekannter Güte, empfiehlt die Conditorei und Bonbonfabrik des
Adolph Thieme.